

München für Demokratie, Toleranz, Respekt – Die Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

	Seite
1. Einführung	2
2. Problemaufriss: Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München	3
2.1. Die historische Verantwortung Münchens	3
2.2. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit und ihre Folgen	3
2.3. Rechtsextreme und rassistische Ideologien im Wandel	5
2.4. Rechtsextremismus, Rassismus und „die Abwertung der Anderen“ in München	6
2.4.1. Alltagsrassismus und institutioneller Rassismus	7
2.4.2. Rechtsextremismus und Antisemitismus	7
2.4.3. Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit	9
2.4.4. Weitere Themen mit Schnittstellen zum Rechtsextremismus, zu Rassismus und GMF in München Homosexuellenfeindlichkeit Islamismus / Salafismus	10
3. Grundlagen des Münchner Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	11
3.1. Münchner Maßnahmen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Ein Rückblick	11
3.2. Handlungsfelder und –schwerpunkte der Rechtsextremismus- und Rassismusbekämpfung der Münchner Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft	12
3.2.1. Symbolpolitik: „Politik der klaren Signale“	13
3.2.2. Soziale Integration und Zusammenhalt stärken / Förderung der demokratischen Kultur	13
3.2.3. Interkulturelle Öffnung	18
3.2.4. Repression	19
3.3. Netzwerke als Teil der Münchner Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus	20
3.3.1. Das Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat	20
3.3.2. Zivilgesellschaftliche Bündnisse	20
3.3.3. Fach-Netzwerk-Treffen	20
3.3.4. Die lokale Ebene: Vernetzungstreffen der BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus	21
3.3.5. Landesweite Vernetzung	21
3.3.6. Bundesweite Vernetzung der Kommunen	21
3.3.7. Europaweite Vernetzung über die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)	21
4. Bewertung der bisherigen Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Zukunftsperspektiven	22
4.1. Bewertung der bisherigen Münchner Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	22
4.2. Ausblick: Anforderungen an einen mehrdimensionalen Ansatz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	24
5. Fazit	26
Literaturverzeichnis	27

München für Demokratie, Toleranz, Respekt – Die Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Einführung

München ist die Weltstadt mit Herz: Eine Stadt der Vielfalt, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben. In München gibt es ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und eine ausgeprägte Toleranz.

Die Ideologien des Rechtsextremismus, des Rassismus und der Ungleichwertigkeit von Menschen stehen unserer demokratischen Gesellschaft entgegen. Diese Ideologien zielen darauf, Teilen der Bevölkerung grundlegende Rechte abzuspriechen und sind gegen die Menschenwürde gerichtet. Sie stellen die demokratischen Verfahren zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen in Frage. Sie greifen den gesellschaftlichen Konsens an, Konflikte friedlich auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der darüber hinaus geltenden internationalen Menschenrechtskonventionen zu lösen.

Auf diese Ideologien gibt München mit seiner Handlungsstrategie – analog zu vielen anderen Kommunen und Bundesländern - eine dreifache Antwort: Es gilt, die Toleranz für und den Respekt gegenüber der Unterschiedlichkeit der Münchner Bürgerinnen und Bürger zu stärken, die Bedeutung demokratischer Grundprinzipien zu unterstreichen und eine an der Menschenwürde ausgerichtete Alltagspraxis des Zusammenlebens zu sichern.

Für eine effiziente Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit¹ in allen Spielarten bedarf es verschiedener Akteure mit ihren je eigenen Stärken: Die erfreulichen und ermutigenden Beispiele zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich engagieren gegen menschenverachtende Ideologien, sind die Grundlage dieser Arbeit. Es wäre aber verfehlt, die Zivilgesellschaft allein für die Eindämmung von Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Verantwortung zu nehmen. Gefordert sind alle staatlichen Verwaltungen (in Bund, Land und der Kommune selbst), die auf unterschiedliche Weise mit Phänomenen des Rechtsextremismus und Rassismus konfrontiert sind und auf diese Herausforderung präventiv und repressiv reagieren müssen. Dazu gehört auch, dass die Verwaltung der Landeshauptstadt München ihren Umgang mit Menschen, die benachteiligt und diskriminiert werden, reflektiert. Dies wird in München – beispielsweise im Bereich der Frauengleichstellung, der Inklusion, der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und durch die Sensibilisierungsmaßnahmen der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen – bereits erfolgreich betrieben. Eine Politik der sozialen und politischen Integration – deren Ziel ein „München für Alle“ ist - ist zentraler Bestandteil einer Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Der Münchner Ansatz setzt auf Kommunikation und allseitige Kooperationsbeziehungen. Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft erfordert die intensive Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens. Da es sich um ein gesellschaftspolitisches Querschnittsthema handelt, sind nicht nur pädagogische Maßnahmen erforderlich, sondern auch eine Vielzahl von ineinandergreifenden Ansätzen. Nur wenn über Ressorts und formale Zuständigkeiten hinweg kooperiert, sowie zwischen staatlichen und bürgergesellschaftlichen Akteuren, Bündnissen und Initiativen zielgerichtet zusammengearbeitet wird, werden sich nachhaltige Erfolge einstellen.

¹ Das Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* beinhaltet in der ursprünglich an der Universität Bielefeld entwickelten Variante folgende Elemente: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamophobie, klassischer Sexismus, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

Leitziel des Münchner Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist die Vision einer heterogenen Stadtgesellschaft, in der diese Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und in der Toleranz und Respekt im Umgang miteinander groß geschrieben werden.

Die hier vorgelegte Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und damit korrelierte Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist langfristig angelegt. Ziel ist es, einen Überblick über das bereits Vorhandene und Geleistete zu geben, mögliche Lücken der bisherigen Bearbeitung sichtbar zu machen und eine weitere, sinnvolle Vernetzung der verschiedenen Akteure in diesem Feld – in Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung - zu befördern. Es geht darum, das Politikfeld einer „Münchner Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ zu etablieren.

Bei diesem städtischen Handlungskonzept handelt es sich um ein „lernendes Konzept“, das sich bereits während seiner Umsetzung weiterentwickelt und es erlaubt, auf neue Herausforderungen angemessen zu reagieren. Elementar bei der Erstellung des Konzepts war daher die Einbeziehung der professionalisierten Zivilgesellschaft von Anfang an und ein Dialogprozess, der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik umfasst. Dieser Dialog wurde im Rahmen vielfältiger bi- und multilateraler Gespräche und Diskussionen vollzogen. Eine Überprüfung eines solchen Konzepts im Rahmen von Diskussionen mit Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik ist auch künftig angebracht, ebenso wie eine regelmäßige wissenschaftliche Evaluation.

2. Problemaufriss: Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München

2.1. Die historische Verantwortung Münchens

München hat – als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ eine besondere Verantwortung bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Hier nahm der Nationalsozialismus seinen Ausgangspunkt. München ist daher nach wie vor für Neonazis ein besonderer Ort, an dem sie Präsenz zeigen möchten. Dies hat auch dazu geführt, dass in München an bestimmten Orten, denen eine gewisse Symbolkraft für den Nationalsozialismus zukommt, keine die Würde der Opfer beeinträchtigende Versammlungen durchgeführt werden dürfen (insbesondere am Münchner Odeonsplatz).

Zu diesem spezifischen Verhältnis der Stadt zum Rechtsextremismus hat Alt-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel folgendes formuliert: „...Dazu gehört aber auch, das schreckliche Geschehen von damals vor dem Vergessen zu bewahren und die Erinnerung daran an die nachwachsenden Generationen weiterzugeben und nicht wegzuschauen und wegzuhören, wenn der Ungeist von neuem in Erscheinung tritt.

Wenn wieder Naziparolen aufleben und gegen Minderheiten Gewalt propagiert und angewandt wird. „Nie wieder! Nicht noch einmal!“ - das muss gerade in München für uns alle gelten.“²

2.2. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit und ihre Folgen

Wie viele andere Konzepte³ orientiert sich auch die Münchner Handlungsstrategie an den Ausführungen von Richard Stöss (siehe u. a. Stöss 2005, 2010).

Rechtsextremismus und Rassismus sind demzufolge politische Ideologien, die von der

² Anlässlich der Verleihung der Ohel-Jakob-Medaille in Gold an Dr. Hans-Jochen Vogel am 29. Juni 2014

³ Siehe bspw. das Hamburger Landesprogramm „Hamburg – Stadt mit Courage. Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“ vom November 2013.

Ungleichwertigkeit von Menschen aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit ausgehen. Als gesellschaftspolitisches Idealbild streben sie daher eine kulturell, religiös und ethnisch homogene Gesellschaft an und lehnen eine heterogene und vielfältige (Stadt-)gesellschaft, wie wir sie heute tatsächlich haben, ab.

Im Rechtsextremismus werden rassistische Einstellungen zudem mit einem übersteigerten Nationalismus, einem autoritär-konservativem hierarchischen, sozialdarwinistischen⁴ Familien- und Gesellschaftsbild, mit der Ablehnung der Demokratie, der Verharmlosung des Nationalsozialismus und einem mehr oder minder expliziten Antisemitismus⁵ kombiniert. Die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus sind zwar vielfältig, ihr ideologischer Kern aber ist einheitlich: Menschen seien nicht nur unterschiedlich, sondern auch unterschiedlich viel wert. In dieser Logik scheint es folgerichtig, „minderwertige“ Menschen auch schlechter zu behandeln oder gar auszugrenzen und auszusondern.

Solche Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind nicht zu unterschätzen: Es handelt sich nicht einfach um „bloße Meinung“ oder „simple Vorurteile“. Im Kern beinhalten sie als Zielrichtung eine gänzlich andere Gesellschaftsordnung, in der eine Hierarchie von Menschengruppen aufgrund von sozialen, ethnischen oder kulturellen Unterschieden gegeben ist. Das Hamburger Landesprogramm warnt daher: „Sie (Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Anm. d. Autors) können den öffentlichen Frieden gefährden – und im schlimmsten Fall einzelne Personen und Gruppen.“ (Hamburg Stadt mit Courage, 2013: 8).

Einstellungsmuster auf der Grundlage von Ungleichwertigkeitsvorstellungen können auch die Basis für konkretes Verhalten bilden, z. B. bei Wahlentscheidungen⁶, Teilnahme an Demonstrationen oder dem Verüben von Straftaten.⁷

Auch in München gab es immer wieder Situationen in denen Gewalttaten aus dieser Motivation heraus begangen wurden: Im Jahr 1980 verübte der Rechtsterrorist Gundolf Köhler das „Oktoberfestattentat“, dem 13 Menschen zum Opfer fielen. 211 Menschen wurden verletzt. Bis heute handelt es sich um den schwersten Terroranschlag der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Nach einem Brandanschlag am 7. Januar 1984 in München erlag einige Monate später ein 20-jähriges Mädchen ihren Verbrennungen. Sie wurde ein Opfer der terroristischen „Gruppe Ludwig“ die in Oberitalien und Deutschland zwischen 1977 und 1984 mindestens zehn Anschläge verübte. 2001 versuchten Rechtsextremisten bei einer Schlägerei in der Münchner Zenettistraße einen Griechen zu töten. Dass Gewalt von Seiten der extremen Rechten auch in München existiert, wurde auf erschütternde Weise nicht zuletzt durch die von Neonazis an zwei Münchnern begangenen Morde im Rahmen der bundesweiten rechtsterroristischen Mordserie des sog. „Nationalsozialistischen Untergrunds“ deutlich. Der sog. „Nationalsozialistische Untergrund“ ermordete insgesamt zehn Menschen, zahlreiche weitere wurden durch Bombenanschläge verletzt. Zwischen Juni 2013 und Juli

⁴ Sozialdarwinismus, d.h. eine Übertragung biologischer Prinzipien aus der Evolutionslehre auf Gesellschaften. Demnach seien auch Gesellschaften von permanenter Rivalität geprägt. Dieser Ausleseprozess führe die Besten an die Spitze. Wer gesellschaftlich 'unten' ist, befindet sich in dieser Logik zu Recht dort.

⁵ Antisemitismus in allen Varianten; dies betrifft neben der offenen Judenfeindlichkeit auch den sekundären Antisemitismus, der sich explizit auf dem Wissen um den Holocaust aufbaut. Er umfasst insbesondere Unterstellungen, Juden würden ihre Opferrolle ausnutzen sowie den Vorwurf einer angeblichen Tabuisierung der Kritik am Staat Israel und seiner Politik.

⁶ Aktuelle Studien wie die Studie „Die stabilisierte Mitte - rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014“ der Universität Leipzig belegen, dass rechtsextreme Positionen bei Wählerinnen und Wählern sämtlicher Parteien nachweisbar sind. In der genannten Studie „fällt allerdings auf, dass die stärkste Anziehungskraft bei den Wählern mit einer ausländerfeindlichen, antisemitischen und chauvinistischen Einstellung neben den rechts-extremen Parteien die AfD hat.“ http://www.zv.uni-leipzig.de/service/presse/nachrichten.html?ifab_modus=detail&ifab_id=5531

⁷ Diese Rechtsextremismus-Definition entspricht der in den Sozialwissenschaften mehrheitlich vertretenen Position, die auch Haltungen und Einstellungen der Menschen einbezieht. Die Arbeitsdefinition des Verfassungsschutzes umfasst weitgehend dieselben ideologischen Kernelemente, sie setzt aber erst dort an, wo Einstellungen in konkretes, gegen Schutzgüter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtetes Handeln umgesetzt werden und ist damit weniger weitreichend.

2014 gab es in München fünf relevante Waffen- und Sprengstofffunde bei Personen, bei denen sich auch rechtsextreme Propaganda-Materialien fanden.⁸

Die Ermittlungen zu Gewaltdelikten im Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts zeigen, dass diese Gewaltdelikte häufig spontan im öffentlichen Raum und unter Alkoholeinfluss begangen werden.⁹ Häufig erfolgt diese Gewalt aus einer Situation heraus, in der Rechtsextremisten – einzeln oder in kleinen Gruppen – auf Personen treffen, die dem typischen rechtsextremen Feindbild entsprechen oder im Rahmen der rassistischen Vorurteilsstruktur als „minderwertig“ angesehen werden. Dies trägt dazu bei, dass rechtsextreme und rassistisch motivierte Gewalt in München „unberechenbar“ ausbricht und die Betroffenen unmittelbar und unerwartet im Alltag trifft was zu Verunsicherung führen soll und führt. Darüber hinaus ist von einer signifikanten Dunkelziffer nicht angezeigter rechtsextremer Straftaten auszugehen (vgl. hierzu auch: Stadtratsbeschluss vom 19. März 2014, Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt).

Grundsätzlich gilt: Rechtsextremismus geht immer mit Rassismus einher; Rassismus in seinen verschiedenen Spielarten kann aber auch in anderen ideologischen Kontexten auftreten. Da München einen signifikanten Ausländeranteil bzw. Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund hat, ist es auch relevant hier Rassismen und ethnische Nationalismen im Blick zu behalten – natürlich ohne aus den Augen zu verlieren, dass diese Gruppen in der Regel Opfer und nicht Täter sind, was bspw. den institutionellen Rassismus betrifft.

2.3. Rechtsextreme und rassistische Ideologien im Wandel

Ein zentrales Merkmal des Rechtsextremismus ist, dass er auf rassistischen Feindbildern aufbaut. Allerdings sind diese Feindbilder historischen Konjunkturen unterworfen, das heißt nicht alle möglichen Feindbilder sind immer gleichermaßen „populär“. Die Strategen des Rechtsextremismus suchen nach Anschlussmöglichkeiten an die sogenannte gesellschaftliche Mitte. Daher ist der Rechtsextremismus, sozusagen an der „diskursiven Oberfläche“, einem beständigen Wandel unterworfen.

Während die Nationalsozialisten den (biologistischen) Rassismus zu einer zentralen Begründungsgrundlage für ihre Ideologie machten, beziehen sich nicht alle modernen Rechtsextremisten heute noch so explizit auf diesen. Bedeutend für die Modernisierung des Rechtsextremismus war insbesondere die Etablierung eines „kulturalistischen Rassismus“ durch die *Nouvelle Droite* im Frankreich der 1980er Jahre. In diesem Konzept wird die „biologische“ Zugehörigkeit zu einer bestimmten Menschengruppe durch die „kulturelle“ Zugehörigkeit ersetzt. Man kategorisiert und hierarchisiert Menschen nun also aufgrund ihrer „kulturellen“ (was heute häufig mit „religiösen“ gleichgesetzt wird) Gruppenzugehörigkeit. In diesem Konzept sollen durch die Abschottung ethnischer Gruppen voneinander die „reinen“ Kulturen und kulturellen Identitäten bewahrt oder wiederhergestellt werden. So wird nun auf einer modernisierten, rassistischen Grundlage der Ausschluss und die Abwertung bestimmter Personengruppen zu einem legitimen Ansatz zur Selbsterhaltung des eigenen Volkes umdefiniert.¹⁰

⁸ <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/alarmierende-funde-in-muenchen-hakenkreuzwimpel-im-wohnzimmer-1.2054725>

⁹ <https://www.polizei.bayern.de/muenchen/kriminalitaet/statistik/index.html/114597>

¹⁰ In einer besonders perfiden und „reinen“ Spielart des kulturalistischen Rassismus wird „nur“ von einer absoluten Unvereinbarkeit verschiedener Kulturen ausgegangen. In der Konsequenz wird daraus allerdings ebenfalls abgeleitet, dass Menschen in ihrem angestammten Kulturkreis zurückzuführen sind. Die alten 'Biologisten' und die neuen 'Kulturalisten' eint die Fixierung auf das unveränderliche Kollektiv und die Differenz, die Abgrenzung von einander. Es ist also die Ungleichheit, bei den biologistischen Rassisten gemeint als Ungleichwertigkeit, bei den kulturalistischen Rassisten als Unvereinbarkeit (bei angeblicher Gleichwertigkeit), die die unbedingte Trennung von Menschen unterschiedlicher Gruppenzugehörigkeit erfordert.

Diese Abkehr vom biologistischen Rassismus wird heute auch in München punktuell von Rechtsextremisten und durchgehend von Rechtspopulisten genutzt, um sich moderner zu geben und die eigenen ideologischen Wurzeln zu kaschieren. Rechtspopulisten betreiben einen kulturalistischen Rassismus par excellence, häufig gegenüber Muslimen. Eine weitere Modernisierung des Rechtsextremismus als Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen zeigt sich in der neuen Studie der Universität Leipzig ("Die stabilisierte Mitte"). Darin wird berichtet, dass - nachdem über Jahre hinweg eine erhebliche Verbreitung von geschlossenen rechtsextremen Weltbildern festgestellt werden konnte - nun ein Rückgang der Zahl von Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zu verzeichnen ist. Allerdings geraten dafür einzelne Gruppen zunehmend in den Fokus rassistischer Abwertung: So erfahren insbesondere Flüchtlinge, Sinti und Roma sowie Muslime und Muslime eine massive Ablehnung von gut 2/3 der Befragten.¹¹

2.4. Rechtsextremismus, Rassismus und „die Abwertung der Anderen“ in München

Als eine von wenigen deutschen Großstädte hat München im Zuge einer Kooperation der Ludwig-Maximilians-Universität / Institut für Soziologie mit der städtischen Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA eine Studie erstellen lassen, die sich mit der Frage befasst, welche Gruppen in unserer Stadtgesellschaft besonders häufig abgewertet werden. Deutlich wird, dass es hier eine ähnliche Tendenz wie bundesweit gibt, was die „Ausdifferenzierung von Feindbildern“ anbelangt: Auch in München sind Muslime und Sinti besonders betroffen von feindseligen und abwertenden Einstellungen (51 % der Befragten wurden als stark oder mittelmäßig muslimenfeindlich eingestuft) (Steinbeißer et al., 2013: 26). In der Studie wurde der Antiziganismus (also abwertende Einstellungen gegenüber Sinti und Roma) nicht explizit abgefragt, weshalb hierzu keine Erkenntnisse vorliegen. Allerdings könnten – u. a. im Kontext der Debatte um die sog. „Armutszuwanderung“ – auch hier erhöhte Werte vorhanden sein, denn es gibt bei der GMF-Umfrage ein Münchner Spezifikum: In München wird offensichtlich nicht nur nach rassistischen Mustern abgewertet oder ausgegrenzt, es gibt auch eine erhebliche Tendenz zum „Sozialdarwinismus“ (vgl. Fußnote 5), in diesem Fall zur Abwertung von Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen.¹²

Diese Entwicklung haben auch Münchner Rechtsextremisten und Rechtspopulisten zur Kenntnis genommen; hier setzen sie an, um in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen. Denn Rechtsextremisten und Rechtspopulisten haben erkannt, dass eine Konzentration auf die Abwertung spezifischer Gruppen erfolversprechender ist, als gleich das komplette rechtsextreme Weltbild zu transportieren.

Wenn demokratische Akteure nicht in der Lage sind, der weiteren und zunehmenden Verbreitung rechtsextremer, rassistischer und abwertender Einstellungen in ihren Sozialräumen, Organisationen und Initiativen etwas entgegenzusetzen, können diese Einstellungen Teil des normalen Alltagsdiskurses werden.

Im Folgenden werden einzelne Dimensionen der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ diskutiert, die in München eine erhebliche Verbreitung erfahren und von Rechtsextremen immer wieder gezielt "bedient" werden. Typisch ist hier, dass Menschen, die für diesen GMF-Typus anfällig sind, nicht unbedingt ein komplett rechtsextremes Weltbild haben. Diese GMF-Formen verweisen somit auf die Mitte der Münchner Stadtgesellschaft.¹³

¹¹ http://www.zv.uni-leipzig.de/service/presse/nachrichten.html?ifab_modus=detail&ifab_id=5531

¹² Bundesweite Studien zeigen, dass die Feindseligkeit gegenüber Obdachlosen (übrigens ebenso wie gegenüber Asylbewerbern) mit höherem Einkommen zunimmt.

¹³ Das hier vorgelegte Handlungskonzept hat nicht den Anspruch, auf sämtliche Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF, vgl. Heitmeyer, 2002-2011) eine Antwort zu geben, sondern stellt die Auseinandersetzung mit jenen Entwicklungen in den Mittelpunkt, die einen mittelbaren oder unmittelbaren Bezug zu Rechtsextremismus und Rassismus haben.

2.4.1. Alltagsrassismus und institutioneller Rassismus

Rassismus ist die Abwertung von Menschen mit der Begründung einer angeblichen natürlichen / biologischen / kulturellen Minderwertigkeit dieser Fremdgruppe.

Rassismus im persönlichen Bereich fußt auf der Vorstellung, dass Menschen nicht gleichwertig seien, sondern dass ihr Wert abhänge von biologischen Merkmalen wie Haut- oder Haarfarbe oder von kultureller bzw. religiöser Zugehörigkeit. Menschen werden auf diese Merkmale oder Zugehörigkeiten reduziert, sie werden nicht mehr als Individuen – mit den verschiedensten Persönlichkeitsmerkmalen – wahrgenommen. Im Extremfall werden bestimmten Menschengruppen bestimmte Menschenrechte aberkannt.

Ziel der Konstruktion dieser Unterschiede ist, eine eigene Gruppenidentität durch die Abgrenzung von anderen Gruppen zu schaffen und dadurch Aggressionen, Ausschlüsse und Privilegien zu legitimieren. Wie Rassismus wirkt, ist eng verknüpft mit der Möglichkeit Macht auszuüben.

Rassismus hat eine 'orientierende' Funktion „Er befriedigt scheinbar unproblematisch Motive des Selbstwertes, der Anerkennung, Kontrolle und Macht, aber auch dem Verstehen von gesellschaftlichen Zusammenhängen.“ (Zick 2010).

Ressentiments die im Massenbewusstsein aufscheinen werden häufig als *Alltagsrassismus* bezeichnet. Bei Alltagsrassismus handelt es sich nicht immer um bewusste und gewollte Prozesse. „Der Begriff *Alltag* verweist in Verbindung mit *Rassismus* auf Artikulationen die an 'allen Tagen' vorkommen und relativ verbreitet sind und von den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft häufig nicht als Rassismus identifiziert werden, sondern selbstverständlich erscheinen und unhinterfragt hingenommen werden“ (Leiprecht 2001: 2 Hervorhebung im Original). Alltagsrassismus in München trifft nach Erkenntnissen der Fachstellen insbesondere Schwarze Menschen, Flüchtlinge und Menschen, die erkennbar ihren islamischen Glauben leben. Alltagsrassismus ist schwer zu fassen, denn auch scheinbar neutrale Fragen und Bemerkungen wie „Wo kommen Sie denn her?“ oder „Sie sprechen aber gut Deutsch“ können in bestimmten Situationen dazu führen, dass sich hier geborene Menschen der zweiten und dritten Generation ausgegrenzt und zu „Anderen“ gemacht fühlen.

Rassismus ist ein individuelles (Alltagsrassismus) aber auch ein institutionelles Problem, da er sowohl in den Köpfen der Menschen als auch in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen verankert ist, unabhängig davon, inwiefern Akteure innerhalb der Institutionen absichtsvoll handeln oder nicht (*institutioneller Rassismus*). Der Begriff lenkt den Blick auf die *sozialen Prozesse*, welche Rassismus ermöglichen und hervorbringen, verfestigen oder verdecken. Das Wort ‚institutionell‘ lokalisiert die Mechanismen der Diskriminierung v. a. im *organisatorischen Handeln* zentraler gesellschaftlicher Institutionen (z. B. Polizei, staatliche Sicherheitsbehörden, Gerichtsbarkeit, Bildungs- und Ausbildungssektor, Beschäftigungssystem, Wohnungsmarkt, Gesundheitsversorgung, etc.). (vgl. u. a. Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V., 2011; Hieronymus, 2012-2013). Solche Mechanismen des strukturellen Rassismus werden auch immer wieder im Hinblick auf die Ermittlungen zum „NSU“ beklagt und gelten als ein Erklärungsfaktor für das Staatsversagen in diesem Zusammenhang. Zuletzt hatte diesen Punkt auch der Europarat kritisiert der bemängelte, dass Deutschland zu wenig gegen institutionellen Rassismus unternehme, u. a. bei der Erfassung von rassistischen Motiven bei Straftaten (ECRI, 2014).

Die Betroffenen erfahren institutionellen Rassismus auch in München durch Ausgrenzung, Benachteiligung oder Herabsetzung in gesellschaftlich relevanten Einrichtungen (bspw. Bildungssystem oder Arbeitsmarkt).

2.4.2. Rechtsextremismus und Antisemitismus

Mit der Eröffnung des jüdischen Zentrums am Münchner Jakobsplatz im Jahr 2006 hat sich wieder sichtbar und international wahrgenommen ein jüdischer Alltag im Herzen der Stadt etabliert. Wie sehr Rechtsextremisten das jüdische Leben in München nach wie vor bedrohen, zeigte die Planung eines Sprengstoffanschlages auf die Grundsteinlegung für das jüdische Zentrum im Jahr 2003.

Bundesweit gehen über 90 % aller antisemitischen Straftaten auf das Konto von deutschen Rechtsradikalen. Regelmäßig ist auch in München ein Teil der Gewalttaten im Bereich „PMK-Rechts“ antisemitisch motiviert: Im Jahr 2013 wurden hier 23 antisemitisch motivierte Delikte registriert, davon ein Körperverletzungsdelikt (vgl. Polizeilicher Sicherheitsreport, 2013: 54). Antisemitismus, verstanden als Feindschaft gegen Juden, begreift einen Menschen jüdischen Glaubens nicht als Individuum, sondern als Angehörigen einer konstruierten Gruppe mit verbindender Agenda. Im antisemitischen Diskurs wird so eine Vorstellung von „dem Juden“ konstruiert, die als ressentimentgeladenes Vorurteil und Zerrbild alle zugeschriebenen negativen Eigenschaften enthält (vgl. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, 2011: 10/11).

Antisemitismus als Judenfeindschaft kann unterschiedlich artikuliert werden (rassistisch geprägt, antizionistisch, religiös motiviert, verschwörungstheoretisch, als Erinnerungs- und Verantwortungsabwehr zum Holocaust). Letzteres wird als sekundärer Antisemitismus bezeichnet: „Mit dem Begriff des sekundären Antisemitismus werden im Allgemeinen verschiedene Phänomene bezeichnet, die sich aus dem Bedürfnis einer Schuldabwehr nach der Shoah ergeben und für die auch die Formel „Antisemitismus wegen Auschwitz“ verwendet wird. Zu den gängigen Topoi gehören der Vorwurf einer jüdischen Mitschuld an der Verfolgung, der Versuch einer Täter-Opfer-Umkehr, Forderungen nach einem Schlussstrich und die Behauptung, die Erinnerung an den Holocaust diene zur Erpressung finanzieller Mittel. Als extreme Variante des sekundären Antisemitismus gilt die Relativierung oder Leugnung des Holocaust. Sekundärer Antisemitismus äußert sich auch in der angeblich ständigen Erinnerung an den Holocaust durch jüdische Organisationen als „Moral-Keule“, die als Angriff auf die eigene nationale Identität empfunden wird.“ (Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, 2011: 11).

Für die Rechtsextremisten ist Antisemitismus der kleinste gemeinsame Nenner und damit ein Schlüsselmoment. Antisemitismus ist auch deshalb ein Kernelement des Rechtsextremismus, weil er auch ohne die Anwesenheit von Menschen jüdischen Glaubens funktioniert.

Antisemitismus zeigt sich auch im Alltagsdiskurs: Antisemitische Äußerungen finden sich in allen gesellschaftlichen Schichten. Im öffentlichen Diskurs sichtbar wurde dieser sonst häufig kaum wahrnehmbare Antisemitismus u. a. in bestimmten Ausprägungen der sog. „Beschneidungsdebatte“ im Jahr 2012. Darüber hinaus funktioniert Antisemitismus im Alltag auch als stillschweigendes Einverständnis über „die Juden“ als „Andere“ und „Fremde“. Latent antisemitische Einstellungen, also Denkmuster, die sich nicht in Straftaten äußern, sind nach Meinung von Experten in Deutschland „in erheblichem Umfang“ bis „in die Mitte der Gesellschaft“ verankert. Bei etwa 20 % der bundesdeutschen Bevölkerung gebe es diesen versteckten Antisemitismus¹⁴. Dies gilt auch für München: Laut der GMF-Studie der LMU sind 6 % der Münchner stark und 12 % mittelstark antisemitisch (Steinbeißer et al., 2013: 26). Darüber sollte auch nicht der Sachverhalt hinwegtäuschen, dass es andere Feindbilder gibt, die momentan „attraktiver“ sind, weil sie derzeit weiter in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen.

Auch manche Rechtspopulisten haben in ihrem überzogenem Philosemitismus eine faktische Tendenz zum Antisemitismus: Wenn Juden nicht erkennen, was für sie gut ist, dann kümmern sich die Rechtspopulisten um deren vermeintlichen Belange.

Von Islamisten werden insbesondere im Kontext des Nahostkonflikts starke Ressentiments gegen Juden gepflegt: „Für die den Islam politisierenden Gruppen und Staaten ist Antisemitismus ein untrennbarer Bestandteil ihrer Ideologie. Mit teils professioneller Propaganda prägen sie entsprechende antisemitische Stereotype und versuchen, diese Auffassungen auch unter nichtextremistisch gesinnten Muslimen zu verankern.“ (Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, 2011: 40).

Vor dem oben genannten Hintergrund wäre es jedoch irreführend, Antisemitismus hauptsächlich und pauschalisierend als Problem von „Muslimen“ zu sehen: „Bis heute fehlen

¹⁴ http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37499490_kw04_antisemitismusbericht/207504

für Deutschland belastbare wissenschaftliche Befunde über die tatsächliche Verbreitung antisemitischer Stereotype unter Muslimen.“ (Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, 2011: 77f.).¹⁵

Der Antisemitismus ist eine Form des Rassismus, dem sich die gesamte Gesellschaft stellen muss – in den Schulen, den Medien und in der Politik. Antisemitismus sollte als ein „gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachtet werden, das in allen politischen und gesellschaftlichen Spektren latent vorhanden ist und quer zu Herkunftshintergründen verläuft“ (Messerschmidt 2006: 168f.).

2.4.3. Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit

Islamfeindlichkeit bezeichnet Feindseligkeit gegenüber Muslimen sowie deren kategorische Abwertung und Benachteiligung. Islamfeindlichkeit schafft eine Wirklichkeit, in der es als normal gilt, Muslime als grundsätzlich verschieden von Nichtmuslimen anzusehen und sie folglich auch ungleich zu behandeln. Insbesondere in Ländern, in die viele Menschen aus muslimischen Ländern immigrieren, besteht die Tendenz, Muslime und Ausländerinnen und Ausländer pauschal gleichzusetzen und als nicht integralen Bestandteil und grundsätzlich nicht integrierbaren Bestandteil der einheimischen Mehrheitsgesellschaft zu betrachten (Zick et al., 2011: 46). So wird „der Muslim“ zum „Ausländer“ per se. Begründet wird dies mit einer angeblichen Feindseligkeit der Muslime: „Die Strategie des islamfeindlichen Diskurses zielt dahin, den 'Islam' als religiöse, kulturelle und vor allem politische Einheit erscheinen zu lassen, für die der islamistische Terror typisch sein soll.“ (Benz 2012: 16).

Der islamfeindliche Diskurs wird konstruiert, indem allen Muslimen identische Wesenszüge zugeschrieben werden („frauenverachtend“, „homophob“, „antisemitisch“) und die Ungleichwertigkeit von Menschen aufgrund ihrer Religion betont wird.

In den vergangenen Jahren hat das Aktionsfeld der „Islamfeindlichkeit“ als eine spezifische Form des Rassismus in der extremen Rechten an Bedeutung gewonnen. Rechtsextremisten und islamfeindliche Extremisten schüren Ressentiments gegen Muslime oder „den Islam“, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Islamfeindliche Extremisten haben auch über Jahre versucht, das weltoffene Klima in München zu vergiften. Dazu wurde auf Veranstaltungen die Abwertung von Muslimen propagiert, es wurden Veranstaltungen - bspw. zum interreligiösen Dialog – gestört oder gesprengt, „Gegnerinnen und Gegner“ mit Hassmails, Drohungen oder Klagen überzogen sowie ein Bürgerbegehren gegen den Bau eines repräsentativen Zentrums für Muslime in München initiiert (und für massive öffentliche Hetze genutzt).

51 % der Münchner Bevölkerung sind stark oder mittelstark muslimenfeindlich eingestellt, weitere 34% sind schwach muslimenfeindlich, lediglich 15 % sind gar nicht muslimenfeindlich (Steinbeißer et al., 2013: 26).¹⁶ Angesichts des positiven Bekenntnisses des Münchner Stadtrates und vieler Bürgerinnen und Bürger zu den Münchner Muslimen, stellt sich allerdings die Frage, ob diese Einstellung tatsächlich Resonanz in der Münchner Stadtgesellschaft findet.

¹⁵ Verfällt man hier in einfache Schuldzuweisungen gegenüber „den Muslimen“ - und behandelt diese faktisch hinsichtlich ihrer ethnischen Herkunft, konfessionellen Zugehörigkeit, kulturellen Prägung und politischen Ausrichtung höchst heterogene Gruppe fälschlich als homogene Einheit -, ist aus Sicht der Autoren zudem die folgende Frage aufzuwerfen: „Übernimmt die Fokussierung auf den „islamisierten Antisemitismus“ in Deutschland nicht eine Stellvertreterfunktion, die eine Verdrängung der Auseinandersetzung mit antisemitischen Stereotypen in der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht, und passt er nicht allzu gut in das Bild einer islamfeindlichen Stimmung, die ihn als willkommene Schuldzuschreibung gegen „die Muslime“ in Deutschland nutzt?“ (Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, 2011: 77f.)

¹⁶ Abgefragt werden hier die folgenden in der internationalen Einstellungsforschung erprobten items: „Die muslimische Kultur passt gut zu Deutschland“, „Der Bau von Moscheen bereichert das kulturelle Leben in München“, „Es ist gut für ein Land, wenn es eine Vielfalt unterschiedlicher Religionen gibt“, „Die Sitten und Bräuche des Islam sind mir nicht geheuer“, „In unserer Gesellschaft wird zu wenig Rücksicht auf Minderheiten genommen“, „Wir müssen unsere eigene Kultur vor dem Einfluss anderer Kulturen schützen“, „Es gibt zuviele Muslime in Deutschland“. Möglich waren Antworten mit a. Stimme gar nicht zu, b. Stimme eher nicht zu, c. Teil/teils, d. Stimme eher zu, e. Stimme voll und ganz zu; mehr Informationen finden sich unter: http://www.ls4.sozioogie.uni-muenchen.de/forschung/gmf/bericht_gmf_18_10_2013.pdf

In den vergangenen Jahren hat die islamfeindliche Gewalt deutlich zugenommen: Seit 2011 hat sich die Zahl der Übergriffe auf Moscheen um mehr als die Hälfte erhöht. 2012 und 2013 wurden 35 bzw. 36 solcher Übergriffe in Deutschland registriert.¹⁷

2.4.4. Weitere Themen mit Schnittstellen zum Rechtsextremismus, zu Rassismus und GMF in München

Auch in München sind tradierte Geschlechterrollen und Männlichkeitsbilder sowie Homosexuellenfeindlichkeit von konstitutiver Bedeutung für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Sexismus und Homosexuellenfeindlichkeit können Bestandteil und Folgen eines rechtsextremen Geschlechterrollenverständnisses sein. Rechtsextremisten greifen beispielsweise Homosexuellenfeindlichkeit mit einem klaren Ziel auf: „So dient die oft im Rechtsextremismus formulierte Haltung, Lesben und Schwule schaden der „Volks Gesundheit“, zerstören die „gesunde Gesellschaft“ und führen zu einer „Gefährdung der Familien“, dazu, insgesamt eine Ungleichwertigkeit gesellschaftlicher Gruppen zu postulieren, einerseits also die „gesunde“, moralisch einwandfreie und auf Reproduktion des Volkes ausgerichtete allgemeine Bevölkerungsgruppe, die als gut, edel und unterstützenswert definiert wird, gegen andererseits die Gruppe der Homosexuellen, die eben diese Gesellschaft bedrohen.“ (Stellungnahme D – III/KGL). Mit dieser Logik einher gehen Abwehr und Aggression gegenüber emanzipatorischen und gleichstellungsorientierten Einstellungen und Lebensformen.

Ihre Homosexuellenfeindlichkeit propagieren die Münchner Rechtsextremisten in den letzten Jahren unverhohlen und offen, beispielsweise im Rahmen des Kommunalwahlkampfes 2014. Auch wurde von Rechtsextremisten und christlichen Fundamentalisten von der AUF-Partei (Partei für Arbeit, Umwelt und Familie) 2014 versucht, eine „Demo für Alle! ...gegen Gender-Ideologie (und) ... Frühsexualisierung an Schulen und Kitas ...“ durchzuführen. Inwieweit diese Themen dauerhaft durch die extreme Rechte in München aufgegriffen werden, ist momentan nicht absehbar.

Sexismus und Homosexuellenfeindlichkeit bestehen natürlich auch ohne Bezüge zum Rechtsextremismus.

Auch im Bereich der islamistischen Ideologie gibt es erhebliche Schnittmengen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Zunächst sei aber darauf verwiesen, dass es sich beim Islam um eine Religion handelt, deren Ausübung durch Art 4. Grundgesetz (GG) und Art. 107 der Bayerischen Verfassung geschützt ist. Der Islamismus hingegen ist eine extremistische politische Ideologie. Diese Ideologie nutzt die Sprache der Religion, um politische Ziele zu verfolgen. Islamismus beginnt dort, wo religiöse islamische Gebote und Normen als verbindliche politische Handlungsanweisungen mit Absolutheit und damit Ausschließlichkeitsanspruch gegenüber anderen gesellschaftlichen Modellen vertreten werden. Der Salafismus ist eine Unterkategorie des Islamismus (vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr 2014: 6).

Er ist deutschlandweit und auch in München die dynamischste und aktivste islamistische Bewegung, wobei er sowohl aus gewaltbereiten als auch aus rein politischen Strömungen besteht.

Im Kern gemeinsam ist salafistischen Extremisten und Rechtsextremisten ein binäres Menschenbild, das Menschen in Gut (richtige „Volkszugehörigkeit“, richtiger „Glaube“) bzw. minderwertig (aufgrund bestimmter biologischer oder kultureller Merkmale bzw. aufgrund von „Ungläubigkeit“) einteilt. Der Abwertungsmechanismus ist in beiden Fällen ein rassistischer: Menschen werden auf ein Merkmal festgelegt, Gruppen zugeteilt und diese werden als höher- oder minderwertig eingestuft. Auch antisemitische und homosexuellenfeindliche Vorurteile werden von Salafisten intensiv propagiert (vgl. Abschnitt 2.5.2).

Vorrangige Zielgruppe salafistischer Propaganda (insbes. im Internet) sind muslimische

¹⁷ <http://www.sueddeutsche.de/politik/islamfeindlichkeit-deutsche-moscheen-immer-haeufiger-ziel-von-anschlaegen-1.2067748>

Jugendliche und junge Erwachsene oder Konvertiten. Ein Faktor für die Attraktivität des Salafismus ist die Möglichkeit, gegen gefühlte und erfahrene Ohnmacht, Ungerechtigkeit und Diskriminierung protestieren und sich für eine vermeintlich gerechte Sache einsetzen zu können. Denn eine zentrale Argumentationsstrategie salafistischer Propaganda besteht darin, existierende Diskriminierungen gegen Muslime zuzuspitzen und diese ideologisch zu instrumentalisieren. Daran wird auch deutlich, dass die Anziehungskraft, die vom Salafismus und seinen Predigern ausgeht, ganz von dieser Welt ist: Orientierung, Gemeinschaft, Anerkennung, Überlegenheit, Protest gegen Ungerechtigkeit sowie Provokation. Das sind sämtlich Angebote, die typischen Bedürfnissen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen entsprechen. Mit dem „Islam“ im engeren Sinn hat das kaum etwas zu tun. Vergleichbare Motive können auch dazu führen, dass sich Jugendliche rechtsradikalen Milieus anschließen (vgl. Müller 2012).

Aufgrund der oben skizzierten Gemeinsamkeit in der ideologischen Begründungsstruktur und da sich momentan Rechtsextremisten und Rechtspopulisten einerseits sowie salafistische Extremisten andererseits gegenseitig hochschaukeln. Insofern sind Islamfeindlichkeit und Salafismus geradezu aufeinander angewiesen: Sie brauchen die jeweils anderen um die Gefahr zu suggerieren. Es handelt sich sozusagen um ‚verfeindete Verbündete‘. Daher, wird sich künftig auch das kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zusammen mit weiteren Partnern von innerhalb und außerhalb der Verwaltung der Präventionsarbeit in diesem Bereich widmen.

Ein erster Ansatz für eine kommunale Gesamtstrategie gegen Salafismus wurde Anfang 2015 skizziert. Dieser umfasst sowohl die politische Positionierung durch Mandatsträger, als auch Maßnahmen im pädagogischen Bereich und im Bereich der politischen Bildung; sie setzt auf das Engagement muslimischer Theologen und auf ordnungspolitische Maßnahmen der Sicherheitsbehörden sowie künftig bei Bedarf eventuell auch auf Projekte die konkrete Unterstützungsmaßnahmen und Interventionen im Einzelfall leisten können. Auch die muslimischen Gemeinden sind aufgefordert sich dem Problem zu stellen soweit sie Zugang zu gefährdeten Jugendlichen haben und grundsätzlich ihre Vorbildfunktion in diesem Kontext wahrzunehmen.

3. Grundlagen des Münchner Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus

3.1. Münchner Maßnahmen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Ein Rückblick

Die Landeshauptstadt München hat sich immer wieder mit Rechtsextremismus und Rassismus konfrontiert gesehen und darauf reagiert. Sukzessive sind so eine Reihe von Beschlüssen gefasst worden, die auch mit der Schaffung von – jeweils spezialisierten – Einrichtungen in Verwaltung und Zivilgesellschaft einhergingen. Wichtige Schritte waren:

- 1998: Stadtratsbeschluss zur Gründung des Münchner Bündnisses für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat. Das Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat wurde nach dem schockierendem Wahlerfolg der rechtsextremen DVU in Sachsen-Anhalt in der bayerischen Landeshauptstadt initiiert um den Anfängen zu wehren.
- 2008: Stadtratsbeschluss „Das Netzwerk gegen Rechtsextremismus in München handlungsfähiger gestalten – Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“. Mit diesem Beschluss wurde erstmals eine Problembeschreibung vorgenommen, die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus auch finanziell unterfüttert und eine Spezialisierung der verschiedenen Einrichtungen auf bestimmte Tätigkeitsfelder vorgenommen. Der Beschluss ist bis heute wegweisend.

- 2012: Beschluss zur Stärkung des städtischen Netzwerks gegen Rechtsextremismus mittels Aufstockung der Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA und der Fördermittel für weitere Stellen im kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus.
- 2013: Beschluss zur Einrichtung der BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus. Mit diesem Beschluss wurde den 25 Münchner Bezirksausschüssen die Möglichkeit eröffnet, eigene Ansprechpartner für das Thema im Stadtteil zu ernennen. Damit wurde eine wichtige lokale Schnittstelle zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft geschaffen.
- 2014: Beschluss zur finanziellen Förderung einer Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Diese stellt einen weiteren zivilgesellschaftlichen Baustein der Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und damit verbundenen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dar.
- 2014: Beschluss über die Zusammenlegung der Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA mit der Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund (AMIGRA). In München wurden somit bislang bedarfsorientiert kommunale und zivilgesellschaftliche Fachstellen zum Thema aufgebaut und ausgebaut. Im Laufe der Jahre ist daraus ein sehr effizientes und auf der kommunalen Ebene wohl deutschlandweit einmaliges Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für Demokratie, Toleranz und Respekt entstanden. Mit diesem Handlungskonzept erfolgt nun auch eine Beschreibung des zugrunde liegenden strategischen Ansatzes. Damit werden die vielfältigen Kräfte gebündelt und die Vorgehensweise der LHM transparent gemacht. Ebenso wird eine Bewertung der bisherigen Akzentsetzungen möglich und Herausforderungen für die Zukunft lassen sich identifizieren.

3.2. Handlungsfelder und –schwerpunkte der Rechtsextremismus- und Rassismusbekämpfung der Münchner Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft

Ohne dass dies bislang explizit formuliert wurde, orientieren sich auch die bisherigen Münchner Maßnahmen an den folgenden Schwerpunkten: klare, politische Signale, repressive, sozial-integrative Maßnahmen und interkulturelle Öffnung.

TABELLE: Die Dimensionen der Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Ebene	Beispiele	Funktion
Symbolpolitik, „Politik der klaren Signale“	Demonstrationen, öffentliche Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Positionierungen der Stadtspitze	Geistig-politische Auseinandersetzung, moralische Empörung, Aufklärung und Information, Ächtung des Rassismus Vorbildfunktion von Politik und Verwaltung
Soziale Integration und Zusammenhalt stärken / Förderung der demokratischen Kultur	Politische Bildung, spezielle Projekte im Bereich Information / Opferberatung, Sozialarbeit	Vermittlung von Werten und Fertigkeiten, Unterstützung von Opfern und Zivilgesellschaft, soziale Integration
Interkulturelle Öffnung	Konzeption von Fortbildungen Entwicklung von Strategien	Gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu Bildung, Kultur, Sport etc.

	für eine antirassistische Organisationskultur	Alltagsrassismus bewusst machen
Repression	Ordnungspolitische und polizeiliche Maßnahmen	Auflagenpolitiken, Strafverfolgung, Staatliche Drohpotentiale

Quelle: Frei nach Jaschke, 2000 und Dovermann, 2004

3.2.1. Symbolpolitik: „Politik der klaren Signale“

Zivilcourage und demokratisches Bewusstsein ist die beste Prävention gegen rassistische und rechtsextreme Agitation. Nur so kann verhindert werden, dass sich antidemokratische, autoritäre und menschenfeindliche Haltungen in der Mitte und der Alltagskultur einer Gesellschaft festsetzen. Ziel der öffentlichen Positionierung durch Politik und Verwaltung (innerhalb des „Neutralitätsgebots“¹⁸) ist, dass sich das Bewusstsein für demokratische Grundwerte zuungunsten antidemokratischer Einstellungen verschiebt. Es geht darum, die „geistig-politische“ Auseinandersetzung mit Ideologen und Ideologien der Ungleichwertigkeit zu führen, sich der Normen und Werte des demokratischen Zusammenlebens zu vergewissern und die Ächtung von Menschenhass und Diskriminierung zu verdeutlichen. Eine solche „Politik der klaren Signale“ kommt in München dadurch zum Ausdruck, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt sind und dass dieser in wichtigen Momenten auch immer wieder – und im Rahmen seines Amtes - Stellung bezieht.

Dabei tritt er alleine oder mit dem „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ (s. u.) in Erscheinung. Dieses Personenbündnis deckt einen wichtigen Teil der Münchner Zivilgesellschaft ab.

Hinzu kommen immer wieder Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Rassismus die von verschiedenen rein zivilgesellschaftlichen Bündnissen getragen werden.

Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA

Auch die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA setzt mit verschiedenen Kampagnen („Laut gegen Brauntöne“, „München zeigt Gesicht“, „Kunst Kultur Respekt“) im symbolisch-politischen Feld an. Ziel dieser Kampagnen ist es, die Debatte um Ausgrenzung, Abwertung und Ausschluss sowie demokratische Werte auf neue und innovative Weise in die Stadtgesellschaft zu tragen. Dadurch sollen die Bürgerinnen und Bürger ermutigt werden, sich auch in ihren eigenen Lebenszusammenhängen zu positionieren.

Dieses Bündnis und die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA sind besonders geeignet um die öffentlich-politische und die symbolpolitische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und GMF zu führen. Dadurch ist es in den vergangenen Jahren in München gelungen, die extreme Rechte auf dieser Ebene der Auseinandersetzung in die Defensive zu treiben.

3.2.2. Soziale Integration und Zusammenhalt stärken / Förderung der demokratischen Kultur

Dieser Bereich stellt eindeutig den Schwerpunkt des Münchner Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus dar. Die soziale Dimension der Bekämpfung des Rechtsextremismus umfasst ein großes Themenspektrum: Von der Vermittlung demokratischer Werte und Kompetenzen, über Maßnahmenbündel für die Opfer bis hin zu Recherche und Information. Hierzu gehören neben spezialisierten Beratungsprojekten auch

¹⁸ Alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes haben die Pflicht, ihre Aufgaben unparteiisch, d. h. allein im Interesse der Allgemeinheit wahrzunehmen. Die Neutralitätspflicht erfordert, dass die Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei der politischen Betätigung die gebotene Mäßigung und Zurückhaltung wahren.

Bildungsprojekte, Sozial- und Jugendarbeit sowie die politische Bildung.

„Politische Jugendbildung mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus“ im Stadtjugendamt

Das Stadtjugendamt hat von sich aus 2009 eine halbe Stelle zu diesem Thema umgewidmet. Es handelt sich dabei um die Stelle „Politische Jugendbildung mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus“. Diese Stelle steuert die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) beim Feuerwerk e. V., das Netzwerk demokratische Bildung und die Fachstelle „Außerschulische Demokratische Jugendbildung“. Intention der Stelle ist es, den Blick auf die aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus und auf GMF zu fokussieren. Erfahrungen zeigen, dass es immer noch erhebliche Defizite im Wissen um Auftreten, Themen und Strategien gibt. Die Vermittlung demokratischer Werte und Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und GMF sind Bestandteil der Arbeit.

Die Stelle ist spezialisiert auf die pädagogische Umsetzung des Themas und entwickelt eigene Angebote vorwiegend an Schulen, in Elterninitiativen, vor Fachkräften, Lehrerinnen und Lehrern, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, aber auch von stadtinternen Angeboten. So ist die Stelle seit 2013 zuständig für ein Angebot im Rahmen des Fortbildungsmoduls „Vielfalt schlägt Einfalt“ des POR. Daneben führt die Stelle eigene Veranstaltungen auch mit Akteuren aus den unterschiedlichsten Szenen („Professionelle“, jugendkulturelle Szenen) durch. Das Angebot orientiert sich an den Interessen und Lebenswelten der unterschiedlichen Zielgruppen. Es wird großer Wert auf eine praxisnahe Präsentation (Videos, Musik, Internet) gelegt. Die Stelle arbeitet mit dem Netzwerk demokratische Bildung zusammen an der Ausbildung und Betreuung eines Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-Pools. Es steht ein kleiner Sachmittelhaushalt von 30.000 Euro mit der Möglichkeit der punktuellen Förderung und Unterstützung zur Verfügung.

Politische, vorurteilsbewusste und rassismuskritische Bildung im Pädagogischen Institut des Referats für Bildung und Sport

Das Pädagogische Institut/Fachbereich Politische Bildung widmet dem Themenfeld Diversität, Antidiskriminierung und rassismuskritische Bildung besondere Aufmerksamkeit und unterstützt die Bildungseinrichtungen dabei, Vielfalt noch bewusster zu leben und den Alltag an den Bildungseinrichtungen differenz-, macht- und kontextsensibel zu gestalten. Dazu gehört auch, allen Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, auf individueller und struktureller Ebene entgegenzuwirken. Dazu werden folgende Angebote bereitgestellt:

Zusatzqualifikation „Schule der Vielfalt“ für Personal an Schulen

Die Zusatzqualifikation »Schule der Vielfalt« des Pädagogischen Instituts unterstützt Lehrkräfte und Schulen dabei, die (nicht nur) migrationsbedingte Heterogenität und Vielfalt an den Schulen als Chance zu sehen, Schule und Unterricht entsprechend zu gestalten und dabei den verschiedenen Formen von Diskriminierung professionell entgegenzuwirken.

»Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«: ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler

Im Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SOR-SMC) der Aktion Courage e. V. entwickeln Jugendliche bürgerschaftliches Engagement, indem sie sich bewusst gegen „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ von Menschen und somit gegen jede Form von Diskriminierung in einer heterogenen und pluralen Einwanderungsgesellschaft, insbesondere Rassismus, einsetzen und so das Klima an ihrer Schule maßgeblich mit beeinflussen. Ziel ist es, den Alltag an Schulen so zu verändern, dass diese von einem Klima der gegenseitigen Achtung und Anerkennung individueller Eigenheiten geprägt ist, gepaart mit der gemeinsamen Suche nach verbindenden Normen.

Die Zahl der anerkannten SOR-SMC-Schulen innerhalb der Stadtgrenzen Münchens hat sich im Zeitraum von Januar 2012 bis August 2014 mehr als verdoppelt (aktueller Stand: 21 Schulen). Die Regionale Koordinationsstelle für SOR-SMC ist am Pädagogischen Institut der

LHM angesiedelt. Künftig ist einmal pro Jahr ein Vernetzungstag für Münchner SOR-SMC-Schulen geplant.

Politische Bildung/ Demokratie lernen – Angebote für Schulklassen und Schülerinnen und Schüler-AGs

Seit 2014 hält der Fachbereich Politische Bildung des Pädagogischen Instituts ein Angebotspaket zur politischen Bildungsarbeit mit Schülerinnen und Schülern aller Schularten und Jahrgangsstufen bereit, das von allen öffentlichen Münchner Schulen in Anspruch genommen werden kann:

Das Pädagogische Institut bietet dazu ein *breites Themenspektrum*, das laufend ergänzt und aktualisiert wird. Menschenrechtsbildung sowie die Themen Migration, Interkulturalität, Diversität, Erziehung gegen Diskriminierung und Rassismus, Verantwortung, Zivilcourage, Mobbing- und Gewaltprävention sind dabei wichtige Schwerpunkte.

Schulungsreihe „Vielfalt schlägt Einfalt“ des Personal- und Organisationsreferates

Diese 2012 neu konzipierte Schulungsreihe für Nachwuchskräfte besteht aus sechs Modulen: 1. „Vielfalt macht's möglich – eine Herausforderung für uns alle“, 2.

Rechtsextremismus, 3. Gender Mainstreaming, 4. Inklusion, 5. Zivilcourage, 6. Sexuelle Identität.

Im Rahmen des Moduls „Rechtsextremismus“ wird ein Seminar mit dem Titel „Die neuen (alten) Nazis“ angeboten. Die Teilnehmer werden darin über Inhalte und Entwicklungen in der rechtsextremen Szene informiert und setzen sich mit der inhaltlichen Neuverortung der Rechten auseinander. Ein weiteres Seminar mit dem Titel „Verwaltung und Verantwortung“, das auch einen Stadtspaziergang mit dem Motto „Auf den Spuren der NS-Zeit“ beinhaltet, wird für Nachwuchskräfte der Studienrichtungen „Bachelor of Arts – Public Management“ und „Diplom Verwaltungswirtin bzw. Verwaltungswirt“ angeboten. Die Nachwuchskräfte setzen sich aktiv mit der Rolle der Stadt München während der NS-Zeit auseinander und hinterfragen das Verhalten in ihrer Rolle als städtische Nachwuchskraft in der Gegenwart. Beide Seminare sind für die Nachwuchskräfte verpflichtend.

An dieser Schulungsreihe haben bereits 460 Nachwuchskräfte teilgenommen. Sie ist eingebunden in die gesamtstädtische Unternehmensstrategie der Landeshauptstadt München und leistet einen wesentlichen Beitrag, damit Vielfalt, auch innerhalb der Stadtverwaltung, als Bereicherung begriffen wird und Toleranz und Respekt als Grundlage für den Umgang mit Anderen gesehen werden.

Das NS-Dokumentationszentrum München, Lern- und Erinnerungsort zur Geschichte des Nationalsozialismus

Am 30. April 2015, dem Jahrestag der Befreiung der Stadt vom Nationalsozialismus, wird in München das NS-Dokumentationszentrum eröffnet. Es befindet sich am historischen Ort der ehemaligen NSDAP-Parteizentrale und versteht sich als „Lern- und Erinnerungsort“. Eine Dauerausstellung thematisiert die Ursprünge der nationalsozialistischen Bewegung, die besondere Rolle und Funktion Münchens während der nationalsozialistischen Herrschaft sowie die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und ihren Nachwirkungen in München nach 1945. Ein Schwerpunkt liegt auf der kritischen Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Mehrheitsgesellschaft in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ sowie auf der Erinnerung an die Menschen, die in München diskriminiert, verfolgt und ermordet wurden. Aufklärung über die Mechanismen und Wirkungen juristischer und sozialer Ausgrenzung und die Förderung von Empathie und Respekt in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft stellen ein wichtiges Ziel der Vermittlungsarbeit dar. Wechselausstellungen vertiefen darüber hinaus Inhalte der Dauerausstellung und greifen aktuelle Themen auf.

Ein besonderes Anliegen der Dauerausstellung sowie der Bildungsarbeit des Hauses ist es, den Besucherinnen und Besuchern die Bedeutung der behandelten Themen für die

eigene Lebensrealität aufzuzeigen. Alle pädagogischen Angebote stellen Bezüge zur Gegenwart her und leisten damit auch einen Beitrag zur politischen Bildung. Die historischen Themen sollen nicht als abgekoppelte Lerninhalte verstanden, sondern als für die eigene Person und die Gegenwartsgesellschaft („Was hat das mit mir zu tun?“) relevant wahrgenommen werden. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass Demokratien scheitern bzw. aktiv zerstört werden können. Die Besucherinnen und Besucher werden so zur Diskussion und Meinungsbildung auch über gegenwärtige Gefährdungen und Verletzungen von Menschenrechten angeregt.

Historisch-politische Bildung: Fachstelle demokratische Jugendbildung Kreisjugendring München-Stadt

Historisch-politische Jugendbildung ist ein zentraler Bestandteil der Demokratieerziehung in München und der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Sie vermittelt Kenntnisse über das nationalsozialistische Verbrechenregime, setzt sich mit Motiven und ideologischen Hintergründen der Täter und Mitläufer auseinander, sie gedenkt der Opfer und ihren Schicksalen. Dies ist verbunden mit der Arbeit für ein kritisches Verständnis und eine Aufmerksamkeit für gesellschaftliche und politische Verhältnisse heute, für rechtstendenziöse Einstellungen, Vorurteile und Feindbilder, für ideologische Denkmuster, Inszenierungen und Vorgehensweisen der extremen Rechten.

Die Fachstelle demokratische Jugendbildung informiert, klärt auf und fördert Nachdenken – auch über eigene Standpunkte. Sie regt dazu an, sich in das heutige gesellschaftliche und politische Geschehen aktiv einzumischen und an einer demokratischen, bunten und aufgeschlossenen Stadtgesellschaft mitzuwirken. Dies verknüpft sie mit einem demokratischen Bildungsverständnis: Junge Menschen bestimmen die Inhalte und Methoden der Bildungsarbeit direkt mit, sie gestalten selbstbestimmt Aktivitäten von der Geschichtswerkstatt über Gedenkveranstaltungen und Seminaren bis zur Demo.

Die Fachstelle bietet außerdem Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an und kooperiert mit Organisationen, Initiativen und städtischen Einrichtungen gegen Rechtsextremismus. Auch mit der Bildungsabteilung des NS-Dokumentationszentrums München arbeitet sie eng zusammen.

Das Netzwerk im pädagogischen Bereich: „Netzwerk demokratische Bildung“

Das Netzwerk demokratische Bildung München wurde 2006 von Fachkräften aus den verschiedenen Bildungsbereichen entwickelt als ein dichtes Netzwerk, das Absprachen und Verständigungsprozesse über die Grenzen und Zuständigkeiten der Bildungsressorts hinaus ermöglicht. Es handelt sich um eine Plattform zur Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Bildungsbereichen in München. Ziel ist die Stärkung der Bildung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie.

Im Netzwerk arbeiten Fach- und Führungskräfte aus den Arbeitsfeldern Schule, Jugendhilfe, Ausbildung, Erwachsenenbildung und Wissenschaft zusammen, ebenso Institutionen und Organisationen, deren Schwerpunkt in der Arbeit gegen Rechtsextremismus liegt oder die besonderes Interesse an dieser Arbeit haben und mit Informations- und anderen Veranstaltungen die Bildungslandschaft in München mit gestalten. Im Netzwerk realisiert sich eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen (landesweiten), kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Augenhöhe.

Das Netzwerk sensibilisiert und aktiviert die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Institutionen und Verbänden für die Problematik. Die Mitwirkenden des Netzwerks werden über die politischen und ideologischen Entwicklungen und Aktivitäten in den rechten Szenen informiert, sie beraten und bewerten die Entwicklungen. Sie koordinieren die Planungen in ihrer Bildungsarbeit, tauschen Erfahrungen aus, verständigen sich über Standards und formulieren Stellungnahmen. Fortbildungen werden für alle Fachkräfte in pädagogischen Arbeitsfeldern geöffnet.

Zudem wurde ein Pool von Teamerinnen und Teamern für politische Bildungsarbeit gegen rechts aufgebaut und in gemeinsamer Verantwortung geschult. Diese jungen politischen

Bildnerinnen und Bildner machen Angebote für die Vermittlung demokratischer Werte, Normen und Handlungskompetenzen in allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen und im außerschulischen Bereich. Sie entwickeln Angebote auch für die Arbeit mit unterschiedlichen erwachsenen Zielgruppen. Der Pool wird laufend mit neuen jungen Teamerinnen und Teamern aufgestockt, während andere nach und nach in pädagogischen Einrichtungen Arbeitsmöglichkeiten finden. So trägt der Pool auch indirekt zu Stärkung der demokratischen Bildung in der alltäglichen Arbeit in Münchner Einrichtungen bei.

Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München (FIRM)

Die Stärkung der lokalen Demokratie und die Arbeit gegen die extreme Rechte im Gemeinwesen zu befördern ist langfristige Herausforderung und Daueraufgabe zugleich. Hierbei gilt es, die Bevölkerung und die Politik ständig über extrem rechte Entwicklungen in unserer Stadt zu informieren und mit möglichst passgenauen Angeboten zu sensibilisieren. Seit dem 01.01.09 gibt es die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm). Diese ist organisatorisch angesiedelt beim Feuerwerk e. V. Die firm ist Anlaufstelle und Informationsdrehscheibe zu Fragen über extrem rechte Aktivitäten, Organisationen und Strukturen in der Landeshauptstadt München. Die firm beobachtet und analysiert aktuelle Entwicklungen in der regionalen extrem rechten Szene. Sie informiert und unterstützt Einrichtungen, Initiativen und Projekte in München, um extrem rechten Aktivitäten Raum und Ausbreitungsmöglichkeiten zu nehmen.

Interessierte können sich an die firm wenden um z.B. Informationen über extrem rechte Aktivitäten im Stadtteil zu bekommen (z. B. Treffpunkte, Veranstaltungen). Die firm bietet Fachveranstaltungen zu der Thematik und Vorträge über extrem rechte Entwicklungen und Aktivitäten in München. Schwerpunkt ist die Recherche und das zur Verfügung stellen von Informationen über extrem rechte Strukturen. Zu diesem Zweck bietet die firm in Kooperation mit der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a. e. V.) einer Fachöffentlichkeit Zugang zu einer umfangreichen Bibliothek und Materialsammlung zum Thema. Das Projekt möchte damit die Rahmenbedingungen für das Engagement gegen die extreme Rechte verbessern, indem Wissen und Erfahrungen zur Verfügung gestellt werden.

Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und rassistischer Diskriminierung

Empathie, zum Beispiel für die Opfer von Gewalt, ist eine Grundlage des demokratischen Gemeinwesens. Mit dem Stadtratsbeschluss von 2014 hat der Münchner Stadtrat deutlich gemacht, dass er auch für München den Bedarf für die Einrichtung einer solchen unabhängigen Beratungsstelle sieht (vgl.: Beschluss vom 19. März 2014). Diese Beratungsstelle, die sich derzeit im Aufbau befindet, soll sich an den bundesweiten Standards die für dieses spezifische Beratungsfeld entwickelt wurden, orientieren. Dieser Ansatz hilft nicht nur den Opfern, sondern wirkt auch präventiv, da er zur Solidarität mit den Betroffenen von rechtsextrem oder rassistisch motivierten Gewalttaten und zu einer offenen Auseinandersetzung und gesellschaftlichen Debatte über die gesellschaftlichen Hintergründe dieser Form von Gewalt einlädt.

Mit der Einrichtung der Beratungsstelle geht München einen mutigen Schritt, da in der Regel erst durch die Schaffung entsprechender Beratungsangebote das Ausmaß des Problems deutlich wird.

Daneben soll das Feld der Antidiskriminierungsberatung neu aufgestellt werden, um es noch optimaler an die Bedarfe der von rassistischer Diskriminierung betroffenen Gruppen anzupassen. Daher wird angestrebt, die Beratungstätigkeit der Stelle „Antidiskriminierungsberatung für Menschen mit Migrationshintergrund“ (AMIGRA) aus der Stadtverwaltung und an den freien Träger auszulagern. In seinem Beschluss zur Zusammenlegung der Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund (AMIGRA) mit der Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA (FgR) hatte der Stadtrat bereits festgehalten, dass perspektivisch „über eine Bündelung der Beratungskompetenzen

zum Themenbereich Rassismus und Rechtsextremismus bei dem freien Träger nachgedacht werden“ sollte (Beschluss vom 20. November 2014).

Es bedarf auch der parteilichen Beratung der Betroffenen von Diskriminierung, um der erlebten Ohnmacht und der ungleichen Machtverteilung etwas entgegenzusetzen. Im Sinne von Empowerment sollen die Betroffenen unterstützt werden, selbstbewusst und in Eigenregie für ihre Rechte einzutreten. Die systematische Erfassung und Dokumentation der gemeldeten Fälle trägt dazu bei, Erkenntnisse zu den Problemfeldern und den Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen zu gewinnen (Antidiskriminierungsverband Deutschland 2010). Darüber hinaus können strukturelle Handlungserfordernisse aufgezeigt werden. Empowerment-Trainings unterstützen Menschen mit Diskriminierungserfahrungen, ihre eigenen Kräfte zu entwickeln und ihre Fähigkeiten zu nutzen, „um ihre Lebensumstände und Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern“ (Antidiskriminierungsbüro Sachsen o.J.), das Selbstbewusstsein zu stärken sowie Bewältigungsstrategien zu erarbeiten (ebd.).

Weitere spezialisierte Angebote Freier Träger die nicht unmittelbar in das städtische Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus eingebunden sind

Die Abfrage an die Referate aufgrund des Antrages „Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen – Strategien und Projekte bündeln“ vom 6.11.2013 zeigt, dass es in München vielfältige und qualifizierte Initiativen gibt, die gegen Rechtsextremismus, Rassismus und verwandte Formen der GMF arbeiten ohne unmittelbar Teil des städtischen Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu sein (siehe tabellarische Übersicht im Anhang 1, ist noch zu erstellen). Solche zivilgesellschaftlichen Initiativen finden sich im kirchlichen, religiösen, kulturellen, sportlichen, gewerkschaftlichem Bereich und im Bereich von Jugendinitiativen. Zumeist wird ein anderes Überthema bearbeitet, in der Bearbeitung kommt eine antirassistische Praxis zum Tragen. Es stellt sich die Frage, ob hier evtl. eine Schärfung der Profile angestrebt werden sollte und inwiefern die strukturierte Verknüpfung eines Teils dieser Initiativen mit dem städtischen Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus notwendig ist.

Auch in der städtischen Verwaltung gibt es zahlreiche Verwaltungseinheiten, die immer wieder Projekte mit großen thematischen Schnittmengen zu den o. g. Themen oder in Kooperation mit Teilen des städtischen Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus realisieren. Hierzu gehören im engeren Verwaltungsbereich u. a. Projekte aus den Bereichen Kulturelle Bildung und Stadtgeschichte im Kulturreferat oder auch die vom Stadtarchiv (Direktorium) realisierten Veranstaltungen zu Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Antiziganismus. Im Bereich der städtischen bzw. städtisch geförderten Kultureinrichtungen sind beispielsweise im Kulturbereich die Münchner Stadtbibliothek (update), die Münchner Kammerspiele und die stadtteilbezogenen Kultureinrichtungen sehr aktiv. Zum städtischen Netzwerk bestehen jeweils vielfältige lose Kontakte und Kooperationen.

3.2.3 Interkulturelle Öffnung

Im interkulturellen Integrationskonzept ist in den Grundsätzen die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Landeshauptstadt München (Grundsatz 6) verankert mit dem Ziel, Chancengleichheit zu realisieren (Grundsatz 9), was beinhaltet, entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung vorzugehen (Grundsatz 7).

Interkulturelle Öffnung hat zum Ziel, den gleichberechtigten Zugang aller in München lebenden Menschen zu Informationen, Bildung, Kultur, Sport, beruflichen Möglichkeiten, Wohnraum, sozialen Dienstleistungen und gesundheitlicher Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sicher zu stellen. Strukturelle Diskriminierung und Alltagsrassismus sind hemmende Faktoren, die Anerkennung und gleichberechtigte Zugänge verhindern. Interkulturelle Öffnung ist von daher auch immer antirassistische Arbeit. Rassistisches Wissen ist Bestandteil kultureller Werte und gilt in der dominanten Gruppe als einleuchtend. Diese Handlungs- und Denkmuster kommen oft ungewollt zur Anwendung,

was als Alltagsrassismus bezeichnet wird. Die Folge ist eine oft unbeabsichtigte Ausgrenzung von Menschen, die als anders konstruiert werden, was keine individuelle Feindseligkeit voraussetzt. Alltagsrassismus strukturiert das soziale Zusammenleben durch die Konstruktion von Zugehörigkeiten, die Zugang ermöglichen, erleichtern, erschweren oder verhindern.

In Ergänzung zur Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA, die insbesondere ideologisch konstruierten Rassismus bekämpft, setzt sich die Stelle für interkulturelle Arbeit zum Ziel, Maßnahmen und Fortbildungen zu konzeptionieren, die Alltagsrassismus bewusst machen, und interkulturelle Kompetenz vermitteln.

Interkulturelle Kompetenz umfasst unter anderen die Fähigkeiten, Machtasymmetrien im beruflichen Kontext wahrzunehmen und strukturelle Ausgrenzungsmechanismen zu erkennen um sie im Rahmen von interkulturellen Öffnungsprozessen der Verwaltung abzubauen. Die Konzeption entsprechender Fortbildungsinhalte ist Aufgabe der Stelle für interkulturelle Arbeit.

Um Strategien gegen Rassismus entwickeln zu können, bedarf es einer Organisationskultur, für die das Sprechen über (Alltags-)Rassismus nicht mit einem Tabu belegt ist.

Veranstaltungen von anerkannten Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, die (Alltags-)Rassismus anschaulich und ohne zu moralisieren, thematisieren, bereiten den Weg für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem eigenen (Alltags-)Rassismus und dem der Organisation. Dazu gehört u. a. die Konferenz des Deutschen Städtetages und der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München „Diskriminierung als Herausforderung“ am 14.11.2011 und das Symposium „Vielfalt leben – Zukunft gestalten – Interkulturalität, Diversität, Antidiskriminierung“ des Referates für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München am 26./27.02.2013.

3.2.4. Repression

Nach Jaschke fallen in diesen Bereich die Strafverfolgung und Gefahrenabwehr. Es handelt sich um Maßnahmen von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz und den Kreisverwaltungsbehörden als Sicherheitsbehörden, die sowohl präventiv als auch repressiv tätig werden.

Bei der Landeshauptstadt München ist die Hauptabteilung I des Kreisverwaltungsreferates als Sicherheitsbehörde im Hinblick auf rechtsextremistische Aktivitäten in mehreren Bereichen aktiv:

Das Kreisverwaltungsreferat gibt Auskünfte auf Anfragen oder bei eigenem Verdacht über Gruppierungen, Vereine etc.. Grundlage dieser Tätigkeit ist die Auswertung und Bündelung aller eingehenden Erkenntnisse aus (Verfassungsschutz-)Berichten, Einzelanfragen beim Landesamt für Verfassungsschutz und beim Polizeipräsidium München, Kontakten mit Fachdienststellen und Beratungsstellen, Akten und Unterlagen sowie Gutachten. Die Bandbreite geht hierbei vom Nichteinschreiten bis zur Information stadtinterner Behörden / Stellen bzw. von Bürgerinnen und Bürgern. Die Gefährdungseinschätzung hat für die anfragende Stelle oder Person richtungsweisende Bedeutung im Hinblick auf deren Entscheidung: So kann die Einschätzung des KVR dazu führen, dass Räumlichkeiten nicht vergeben, Zuschüsse nicht gewährt und städtische Repräsentanten nicht entsandt werden. Beschränkungen oder Verbote bei Versammlungen sind nur zur Abwehr von unmittelbaren Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung möglich (Art. 15 Abs. 1 Bayerisches Versammlungsgesetz). Vor diesem Hintergrund erlässt das KVR als Versammlungsbehörde bei rechtsextremen Versammlungen spezielle Beschränkungen im Hinblick auf Parolen und Sprechchöre und auf Bekleidung und Bekleidungsstücke. Darüber hinaus hat das Kreisverwaltungsreferat Fotografierverbote sowie Beschränkungen zur Sprechdauer bei rechtspopulistischen Versammlungen verfügt, die der BayVGH beide bestätigt hat.

In der Vergangenheit hat das Kreisverwaltungsreferat rechtsextreme Versammlungen auch verboten, sofern sie sich als Tarnveranstaltungen zur Billigung, Verherrlichung, Rechtfertigung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft herausstellten.

Im Rahmen der Novellierung des (Bundes-)Versammlungsrechts sowie bei der Schaffung des Bayerischen Versammlungsrechts hat das Kreisverwaltungsreferat Stellungnahmen und Vorschläge abgegeben. Zum Bundesversammlungsrecht wurde die Hauptabteilungsleitung der Hauptabteilung I zu einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages als Sachverständige eingeladen. Insbesondere bei der Schaffung des Bayerischen Versammlungsrechtes fand ein reger Austausch mit dem Bayerischen Innenministerium statt, bei dem sich Landeshauptstadt München über das Kreisverwaltungsreferat in das Gesetzgebungsverfahren einbringen konnte. Im Gaststättenwesen wirkt die Gaststättenabteilung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auf Wirte ein oder berät diese dahingehend, rechts ausgerichtete Veranstaltungen nicht zuzulassen.

3.3. Netzwerke als Teil der Münchner Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus

3.3.1. Das Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat

Eine zentrale Rolle im Kampf gegen Rechtsextremismus spielt das vom damaligen Oberbürgermeister Ude 1998 initiierte „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“, das mit Repräsentanten aller gesellschaftlichen Bereiche besetzt ist. In allen Landeskonzeptionen und teilweise auch in den Kommunen finden sich analoge Gremien, die mit Prominenten besetzt sind oder mit Persönlichkeiten, die wichtige gesellschaftliche Bereiche repräsentieren. Auch unter Oberbürgermeister Reiter hat das Bündnis seine Arbeit fortgesetzt und in den vergangenen Monaten noch intensiviert. Dem Münchner Bündnis für Demokratie, Toleranz und Rechtsstaat kommt dabei die Aufgabe zu, in Form von Kampagnen, Veranstaltungen und sonstigen Aktionen eine Signalwirkung für ein demokratisches, respektvolles und tolerantes München zu initiieren. Örtliche Initiativen und Netzwerke werden öffentlich unterstützt und die Gesellschaft gegen rechtsextreme Aktivitäten, gegen Rassismus und Antisemitismus mobilisiert.

Mit der Kampagne „Keine Stimme für Hass und Rassismus! Ich wähle demokratisch.“ trat dieses Netzwerk bei den vergangenen Kommunalwahlen offensiv und prominent in Erscheinung. Auch bei der Etablierung einer „Willkommenskultur“ für Flüchtlinge setzte das Bündnis wichtige Akzente.

3.3.2. Zivilgesellschaftliche Bündnisse

Zivilgesellschaftliche Bündnisse (u. a. München ist bunt e. V., Münchner Bündnis gegen Naziterror und Rassismus, Bellevue di Monaco) sind darauf spezialisiert, präventiv und ad-hoc auf aktuelle Entwicklungen in der Münchner Stadtgesellschaft insbesondere in Form von Demonstrationen, Kundgebungen oder einfachen Flugblattverteilungen zu reagieren. „München ist bunt!“ dient darüber hinaus den Akteuren der demokratischen Stadtgesellschaft immer wieder als Plattform um sich mit gemeinsamen statements öffentlich zu positionieren.

3.3.3. Fach-Netzwerk-Treffen

Ein solches Koordinierungsgremium in dem sich ca. viermal pro Jahr die kommunalen und zivilgesellschaftlichen Fachstellen gegen Rechtsextremismus und Rassismus austauschen, besteht seit März 2014. Zum Beratungsnetzwerk lädt die FgR viermal im Jahr ein. Dies ist Teil ihres Auftrags zur Koordinierung und Stärkung des Münchner Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Bei der Einrichtung dieses Netzwerks handelt es sich um einen Schritt der „Professionalisierung“ des Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus. In diesem Netzwerk arbeiten Hauptberufler aus Verwaltung und Zivilgesellschaft vertrauensvoll zusammen, um Informationen, Erfahrungen und fachlichen Rat auszutauschen sowie über wirksame Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und

Rassismus zu beraten. Damit soll auch eine Verzahnung des in den Initiativen und Fachstellen vorliegenden Expertenwissens und der Politikplanung in diesem Feld erreicht werden. Bislang erfolgte die Einbeziehung dieses Wissens nicht systematisch und kontinuierlich. Im Beratungsnetzwerk werden somit auch gemeinsame fachliche Empfehlungen an die Politik entwickelt. Diese können sich auf präventive Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für ein demokratisches Miteinander ebenso beziehen wie auf die Fortschreibung der Handlungsstrategie in der Praxis.

3.3.4. Die lokale Ebene: Vernetzungstreffen der BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus

Seit 2013 haben alle 25 Münchner Bezirksausschüsse die Möglichkeit, einen oder mehrere Beauftragte gegen Rechtsextremismus zu benennen. Diese Beauftragten genießen aktiven und passiven städtischen Rechtsschutz für Maßnahmen, die in Zusammenhang mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit stehen.

Um eine Vernetzung auch dieser lokalen Akteure zu gewährleisten lädt die Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA regelmäßig zu Treffen ein bei denen an einer weiteren Vernetzung gearbeitet und bestimmte Themen schwerpunktmäßig besprochen werden (best-practice-Beispiele aus dem Bundesgebiet, Interaktion mit der Polizei etc.).

Darüber hinaus nehmen die BA-Beauftragten an Veranstaltungen zivilgesellschaftlicher Träger des Netzwerks (firm, Opferberatung etc.) teil und bilden sich so fort.

Die Aktivitäten, Themen und Sichtweisen der lokalen Beauftragten sind auch für das restliche Netzwerk von erheblicher Bedeutung.

3.3.5. Landesweite Vernetzung

Als landesweite Vernetzungsplattform hat sich seit nunmehr sieben Jahren das 'Wunsiedler Forum' etabliert, das u. a. der Stadt Wunsiedel, vom Bayerischen Bündnis für Toleranz und von der Projektstelle gegen Rechtsextremismus in Bad Alexandersbad initiiert wurde. Das Vernetzungstreffen zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft findet einmal pro Jahr statt. Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA nimmt für die Landeshauptstadt München an diesem jährlichen Vernetzungstreffen teil.

Darüber hinaus bestehen Kontakte aus dem städtischen Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus zur Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS).

3.3.6. Bundesweite Vernetzung der Kommunen

Diese Vernetzung befördert den Ideentransfer nach München und erlaubt es zugleich, Münchner Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Rassismus in andere Städte zu transportieren.

Auf Anregung des damaligen Präsidenten des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München fand im April 2014 ein Vernetzungstreffen der bundesdeutschen Kommunen gegen Rechtsextremismus statt. Die LHM sollte sich dafür einsetzen, dass hieraus ein dauerhafter Austausch wird.

Diese Vernetzung betreiben die einzelnen Fachstellen des Netzwerks auch in ihrem je eigenen Spezialisierungsbereich.

3.3.7. Europaweite Vernetzung über die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)

Jenseits dieser Netzwerkstrukturen ist München 2008 der „Städtekoalition gegen Rassismus“ beigetreten. Dabei handelt es sich um ein regionales Netz von über 70 europäischen Städten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. München hat sich in diesem Zusammenhang auf die Umsetzung des folgenden 10-Punkte-Aktionsplans verpflichtet.

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen

3. Bessere Unterstützung für Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

4. Bewertung der bisherigen Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Zukunftsperspektiven

4.1. Bewertung der bisherigen Münchner Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

München hat mit seinem frühzeitigen und über die Jahre kontinuierlichem Engagement eine Vorreiterrolle unter den deutschen Großstädten. Ein Spezifikum des Münchner Engagements ist sicherlich, dass die Kommune hier über die Jahre in beträchtliche finanzielle Vorleistung gegangen ist, da in Bayern kein Landesprogramm existiert. Insgesamt haben die bislang ergriffenen Maßnahmen dazu geführt, dass der organisierte Rechtsextremismus in München nur geringe Anknüpfungspunkte zur Entfaltung findet. Die Aktivitäten von Verwaltung und Zivilgesellschaft setzen einem Eindringen des Rechtsextremismus und Rassismus in die lokalen Diskurse immer wieder klare Grenzen. Zu diesem Erfolg haben u. a. die folgenden Faktoren beigetragen:

Offensiver Umgang mit dem Problem des Rechtsextremismus und Rassismus

In den letzten Jahren wurde das Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit einer Vielzahl von Angeboten, Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen erfolgreich in den Fokus der Stadtöffentlichkeit gerückt. Der Erfolg spiegelt sich auch in der gestiegenen Nachfrage nach entsprechenden Beratungs- und Bildungsangeboten wieder. Dabei trug zum Erfolg sicherlich bei, dass sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf das Format unterschiedlichste, bedarfsgerechte (weil auf aktuelle Problemlagen bezogene) Angebote gemacht wurden, um ein möglichst großes Interesse und eine möglichst große Streuung zu erreichen. Wichtig sind hierbei vor allem die gute Vernetzung, neue und innovative Formate sowie bedarfsgerechte Angebote und das zeitnahe Aufgreifen aktueller Problematiken.

München als Vorreiter: Bekämpfung von Rechtsextremismus / Rassismus und die Arbeit für Demokratie, Toleranz und Respekt sind Chefsache

Dass München die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus und für Demokratie, Toleranz und Respekt zur Chefsache gemacht hat, unterstreicht die bundesweite Vorreiterrolle unserer Kommune bei diesen Themen. Nur in Einzelfällen (Nürnberg und neuerdings Dortmund) handelt es sich bei diesem gesellschaftspolitisch bedeutenden Feld um eine Stabsstelle des Oberbürgermeisters. Häufiger wird das Thema in den Kommunen im Bereich von Sozialreferaten verortet, was allerdings der kritisch kommentierten „Sozialpädagogisierung“ des Themas Vorschub leistet (vgl. u. a. Berlin 2008: 12). Im Hinblick auf die bundesweite Debatte bleibt festzuhalten: Nur wenn das Thema Chefsache ist, kann eine umfassende Gegenstrategie entwickelt werden, die neben symbolpolitischen auch repressive und pädagogische Komponenten umfasst und so als Querschnittsaufgabe wahrgenommen wird und wirkt.

Bei einer solchen politiknahen und querschnittsorientierten Ansiedlung der Verwaltungsstrukturen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ist es insbesondere möglich, dass eine Kommune – trotz der Neutralitätspflicht, der die öffentliche

Verwaltung unterliegt – viel beitragen kann zur Abwehr von Rechtsextremismus und Rassismus.

Förderung einer kompetenten und professionellen Zivilgesellschaft als Kernstück der kommunalen Strategie

Die Förderung einer professionalisierten Zivilgesellschaft zur Bekämpfung des Rechtsextremismus war von Anfang Kernbestandteil der städtischen Handlungsstrategie. Die Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München und das Netzwerk demokratische Bildung haben sich zu Kompetenzzentren entwickelt die von einem breiten Spektrum von Akteurinnen und Akteuren und Institutionen akzeptiert und nachgefragt werden. Mit Hilfe der firm gelangenen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aber auch die Kommune selbst zu ortsbezogenen Informationen und Einschätzungen. Diese Informationen sind auch essentiell für die erfolgreiche Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Mit dem Beschluss zur Förderung einer Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im März 2014 wurde eine bundesweit vorbildliche Weichenstellung für die Vertiefung der professionalisierten, zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf der kommunalen Ebene vorgenommen. Die BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus stellen ein bundesweit einmaliges und innovatives Scharnier zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft dar. Sie verankern das Thema in den Stadtteilen und sorgen für eine intensive Vernetzung zwischen der kommunalen und der lokalen bzw. bezirklichen Ebene.

Keine ausschließliche „Täterfixierung“ – Beratung und Empowerment von Betroffenen

Bereits mit der Einrichtung von AMIGRA als Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2003 hat die LHM einen Ansatz gewählt, der sich nicht ausschließlich auf Täter bezieht, sondern auch Betroffenen von Rassismus und Diskriminierung Gehör verleiht.

Mit dem Stadtratsbeschluss zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt im März 2014 hat die Landeshauptstadt ihren Ansatz im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus um eine wichtige Komponente erweitert und abermals die Opferperspektive gestärkt. Damit wird auch einer langjährigen Empfehlung der bundesweiten Opferberatungsstellen Rechnung getragen: „Eine Zentrierung der Maßnahmen auf die Täterinnen- und Täterseite – sei es durch Sozialarbeit, Pädagogik, Politik oder Repression – ist verfehlt. Die Tatfolgen für die Betroffenen, ihre Lebenssituation und ihre Bedürfnisse müssen in der Perspektive auf das Problemfeld eine zentrale Rolle spielen“ (Netzwerk der Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, 2014: 2). Auch mit der Neukonzeption der Anti-Diskriminierungsberatung soll die Opferperspektive künftig noch stärker Gehör finden und in der Stadtgesellschaft wahrgenommen werden.

Positive Leitbegriffe

Dabei ist es wichtig, sich mit Konzeptionen und Programmen nicht nur gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu wenden, sondern auch positive Leitbegriffe zur Weiterentwicklung von Demokratie zu nennen. Dies war in München von Beginn an bereits mit der Gründung des Münchner Bündnisses für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat gegeben. Mit der vorliegenden Handlungsstrategie werden diese positiven Leitbegriffe noch einmal kontextualisiert und festgeschrieben.

Komplementarität der Arbeitsstrukturen

Es gibt in München mittlerweile komplementäre, spezialisierte und engagierte Verwaltungseinheiten und zivilgesellschaftliche Strukturen die unmittelbare, passgenaue und nachhaltige Reaktionen ermöglichen. Diese Komplementarität hat sich allerdings erst in der Arbeitspraxis entwickelt, denn das Thema wurde in München bislang weniger aus der

Strukturperspektive angegangen. Man hat hier beim Aufbau des Arbeits- und Politikfeldes zunächst einen Weg gewählt um akute Defizite die aus Notlagen ersichtlich wurden mehr oder minder ad hoc zu beheben. Erstmals wurde die Notwendigkeit einer Strukturierung in dem Stadtratsbeschluss von 2008 mit dem vier hauptamtliche Fachstellen in diesem Bereich eingerichtet wurden, formuliert: „Die Beschlussvorlage soll die Grundlage für eine künftige zentrale Koordination der bestehenden Netzwerke bei der Landeshauptstadt München bilden.“

Mit der Formulierung dieser Handlungsstrategie wird diesem bereits damals erkannten Bedarf einer strukturierten Gesamtschau nun Rechnung getragen werden.

4.2. Ausblick: Anforderungen an einen mehrdimensionalen Ansatz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und GMF stehen immer wieder im Zentrum öffentlicher wie wissenschaftlicher Debatten unter anderem im Zusammenhang mit den (in anderen Bundesländern, nicht in Bayern) bereits bestehenden Landesprogrammen oder im Zusammenhang mit den beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelten Bundesprogrammen.

Aus diesen Debatten ergeben sich die folgenden Erkenntnisse für die Ausrichtung eines Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus auch in der Kommune:

Nachhaltigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements weiter befördern

Die Zivilgesellschaft als der zentrale Akteur in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und mit Rassismus ist zu stärken. Deshalb müssen Programme gegen Rechtsextremismus zivilgesellschaftliches Engagement sowie die Bildung und Verstärkung demokratischer Strukturen fördern.

Es stellt sich daher die Frage, inwieweit Beratungsansätze die auf ein nachhaltiges „Empowerment“ von Bürgern und Zivilgesellschaft setzen, stärker ausgebaut werden sollten. Dies wird im bundesweiten Kontext durch Mobile Beratungsteams geleistet, die das Thema als gesellschaftspolitische Querschnittsherausforderung angehen. Da es in Bayern kein Landesprogramm gibt, müsste die Förderung hierfür aus städtischen Mitteln bereitgestellt werden. Gerade angesichts der aktuellen Mobilisierungsversuche der extremen Rechten gegen Flüchtlingsunterkünfte zeigt sich, dass ein Bedarf nach einer solchen spezialisierten Beratung besteht.

Zur Beförderung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus muss sicherlich auch der Dialog mit den Sicherheitsbehörden weiter intensiviert werden.

In diesem Zusammenhang ist allerdings auch festzuhalten, dass Anfang des Jahres 2015 die Münchnerinnen und Münchner eindrucksvoll bewiesen haben, dass sie bereit sind deutliche, öffentliche Zeichen für ein buntes München zu setzen.

Rechtsextremismus und Rassismus ist ein Gesellschaftsproblem quer durch alle Altersschichten

Empirische Analysen im Langzeitprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigen immer wieder die stärkere Neigung zur Abwertung, Diskriminierungen etc. bei älteren Menschen. Dies belegt auch die Münchner GMF-Studie aus dem Jahr 2013. Es handelt sich somit bei Rechtsextremismus und Rassismus nicht ausschließlich um ein „abweichendes Verhalten“ in einer jungen Lebensphase (Stichwort: „gewaltbereite Jugendliche“). Im Fazit ist daher der Analyse der Berliner Landeskonzeption zuzustimmen: „Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Haltungen lassen sich nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, Schichten oder Regionen eingrenzen. Sie sind eher als ein Problem der politischen Kultur (...) zu betrachten.“ (Berlin 2008: 12).

Rechtsextremismus und Rassismus bei Älteren sind gerade auch deshalb problematisch,

weil diese als Sozialisationsakteure in Familien, Vereinen etc. wirken und auch das Arbeitsleben entscheiden prägen. Die starke Ausrichtung von Förderstrukturen im Bund und in den Ländern auf Jugendliche wurde daher immer wieder kritisiert. In München hat man diesen Fehler ansatzweise vermieden, insbesondere über die Einrichtung der Fachstelle gegen Rechtsextremismus/AMIGRA und der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München die in ihren Arbeitsfeldern keine Reduktion auf „Jugend“ aufweisen.

Für eine Beförderung der demokratischen politischen Kultur sind auch in München neue Wege zu gehen. Beispielsweise indem auch in den Aus- und Fortbildungsbetrieben hierfür Maßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser Maßnahmen sollte es sein, frühzeitig ein Gefühl dafür zu verankern, wo demokratische Debattenkultur endet und wo Hetze beginnt.

Intensivere Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen

Migrantenselbstorganisationen sind als kompetente, handelnde Akteure einzubeziehen und dadurch als Akteure gegen Rechtsextremismus und Rassismus sichtbar zu machen. Dies ist ein Gebot der Stunde, nicht zuletzt als Konsequenz aus der Mordserie des rechtsterroristischen „NSU“ der auch zwei Münchner mit „Migrationshintergrund“ zum Opfer fielen.

Ohne hier eine Gleichsetzung vornehmen zu wollen, gilt es, auch problematische Entwicklungen innerhalb der Migranten-Communities im Hinblick auf rassistische Abwertung und Ausgrenzung stärker zu beachten.

Verbesserte verwaltungsinterne Vernetzung zum Thema

Die beigefügte Übersicht (Anlage 1 – wird noch erarbeitet) zeigt, dass es Referate gibt, die durchaus eigene Beiträge zum Thema leisten oder Projekte betreuen / bezuschussen, die sich in das Themenfeld 'Arbeit gegen Rassismus / Rechtsextremismus' einordnen.

Allerdings gibt es zwischen den Referaten keinen strukturierten Austausch zum Thema und auch keine längerfristigen Absprachen. Auch eine strukturierte Verlinkung mit den im städtischen Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorhandenen fachlichen Kapazitäten ist häufig nicht gegeben. Ausnahme ist hier der Bildungsbereich wo diese Vernetzung vom Netzwerk demokratische Bildung befördert wird.

Da die Stadtverwaltung mit ihren 35.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhebliche Möglichkeiten hat, Akzente für Demokratie, Toleranz und Respekt zu setzen, ist es erforderlich gute Vernetzungsstrukturen auch innerhalb der Verwaltung aufzubauen. In einzelnen sehr großen Referaten oder Tochtergesellschaften bzw. Eigenbetrieben wie bspw. den SMW wäre auch über die Benennung von Ansprechpartnern für dieses Thema nachzudenken. Im RBS ist inzwischen auch eine Ansprechpartnerin für diesen Themenbereich im Stab des Referenten vorhanden.

Durch eine sinnvolle Vernetzung sind alle Verwaltungseinheiten im Bilde was die aktuelle Entwicklung betrifft, es können Absprachen und Vereinbarungen über weitere Arbeitsschritte getroffen werden. Ziel solcher Maßnahmen ist, dass Rechtsextremismus und Rassismus stärker als Querschnittsaufgabe auch in der Verwaltung wahrgenommen wird.

Weitere Bereiche der Stadtgesellschaft die zu aktivieren sind

Es gibt Bereiche der Stadtgesellschaft, die noch nicht strukturiert in die Aktivitäten des Netzwerks gegen Rechtsextremismus und Rassismus eingebunden sind. In diesen Bereichen – bspw. Sportvereinen und Handel - könnte man perspektivisch auf eine Aktivierung und Qualifizierung oder gemeinsame Kampagnenarbeit hinarbeiten: Die lokale Wirtschaft ist z. B. noch mehr als bisher gefordert, materielle und immaterielle Unterstützung bei der Stärkung der Zivilgesellschaft und die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu leisten. Dies gilt auch für die städtischen Eigenbetriebe. Beispielsweise könnte hier eine Initiative mit den Unternehmen analog zur Berliner Initiative www.handeln-statt-wegsehen.de aufgesetzt werden.

Verbesserte Arbeit auf der innerstädtischen lokalen Ebene

Auf der lokalen Ebene bedarf es weiterer Qualifizierung und Ressourcen. Mit der Etablierung und dem teils erheblichen Engagement der BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus ist ein Anfang gemacht. Nun haben sich in einzelnen Bezirken Arbeitskreise zum Thema gebildet, was perspektivisch zu einer nachhaltigeren Arbeit beitragen kann. Intensiviert und besser strukturiert werden sollten auch die Vernetzungen auf der bezirklichen Ebene, u. a. mit Runden Tischen die Regsam initiiert, mit Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage vor Ort oder mit den Sozialräumen des Aktionsplans „Soziale Stadt“. Künftig ist auch über die Weiterentwicklung der Aktivitäten der Beauftragten gegen Rechtsextremismus hin zu Dokumentations- und Registerstellen was Ereignisse und Vorfälle mit rechtsextremem und rassistischem Hintergrund in den Stadtteilen betrifft, nachzudenken. Die Aktivitäten solcher lokalen Erfassungsstellen müssen sinnvoll in die gesamtstädtischen Strukturen eingebettet sein (also insbesondere mit firm, AIDA und der Opferberatung zusammenwirken).

Kontinuierliche wissenschaftliche Evaluation der bisher etablierten Strukturen gegen Rassismus / Rechtsextremismus in der LHM durch bundesweit etablierte Experten bei der Evaluation von Landesprogrammen

Sämtliche bundesweit vorhandenen Landesprogramme gegen Rechtsextremismus und Rassismus werden regelmäßig wissenschaftlich evaluiert. Beispielsweise waren in Berlin 2003 und 2007 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Rahmen von Evaluationsworkshops mit der Ausrichtung des Landesprogramms befasst. Dies ist das Ergebnis eines Lernprozesses in vielen Bundesländern. Nachdem zu Beginn der 2000er Jahre die ersten Bundesprogramme aufgelegt worden waren, kam „ziemlich einhellige Kritik der begleitenden und beobachtenden Wissenschaft, dass sich die Projekte um ihre Wirksamkeit nicht oder nur wenig kümmern. Evaluationen sind selten und – wenn sie vorliegen – eher von begrenzter Aussagekraft. Die Projekte zeigen wenig Neigung, sich mit anderen zu vernetzen und zu vergleichen.“ (Dovermann, 2004: 184). Auch Überblicksanalysen wie die von Frindte / Preiser 2007 betonen die Notwendigkeit, einzelne Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch professionelle wissenschaftliche Begleitung an etablierten Standards messen und so verbessern zu lassen.¹⁹

Bundesweit hat somit ein nachhaltiger Lernprozess eingesetzt und auch München sollte sich diesem Trend nicht verschließen.

Nachdem das Münchner Netzwerk gegen Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren erfreulicher Weise kontinuierlich und am Bedarf orientiert ausgeweitet wurde, erscheint es nun an der Zeit durch externe Wissenschaftler - die bereits Strategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus - evaluiert haben, eine Untersuchung durchzuführen. Über die Erkenntnisse aus dieser wissenschaftlichen Begleitung sollen Impulse zur Weiterentwicklung und kontinuierlichen Verbesserung der städtischen Strategie entstehen.

5. Fazit

Eine erfolgreiche Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus bedarf eines Maßnahmenbündels in dem sich unterschiedliche Akzentsetzungen – im repressiven Bereich mit solchen bspw. im pädagogischen Bereich – ergänzen. München ist hier auf einem sehr guten Weg. Eine erfolgreiche Strategie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus kann sich nicht auf die konsequente Strafverfolgung beschränken, sondern muss

¹⁹ Beispielsweise müsse klar sein, an welchen Kriterien die Effizienz einer solchen Strategie gemessen werde: „Alleine an der Abnahme fremdenfeindlicher, antisemitischen und rechtsextremer Einstellungen, am Rückgang der NPD-Wahlerfolge, an der abnehmenden Anziehungskraft rechtsextremer Gruppierungen, an sinkenden zahlen fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt?“ (Frindte / Preiser 2007: 34f.).

an den Ursachen ansetzen. Es bedarf einer Spezialisierung bezüglich der Aufgaben der verschiedenen Akteure und deren Interaktion um eine konsistente Strategie zu entwickeln. Gerade die Landeshauptstadt München – die über sehr geringe Zuständigkeiten im genuin repressiven Bereich verfügt – ist ein gutes Beispiel wieviel getan werden kann, ohne repressive Elemente zu stark zu betonen.

Rechtsextremen oder rassistischen Taten gehen menschenfeindliche Einstellungen voraus. Staat und Gesellschaft sind also immer dann gefragt zu intervenieren, wenn Vorurteile politisiert werden z. B. bei Sündenbock-Argumenten oder der Forderung, für bestimmte Personengruppen die Menschenrechte einzuschränken.

München hat frühzeitig erkannt, wie wichtig es ist, nicht nur auf kurzfristige – effekteheischerische – Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu setzen, sondern auf dauerhafte Fördermaßnahmen. Nur so kann eine Verstärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement erfolgen. Präventive und zivilgesellschaftliche Aktivitäten brauchen Zeit, um verlässlich Wirkung zu entfalten. Ein wichtiger Faktor für den Erfolg dieser Arbeit – sei es im Bereich Recherche / Information, Opferberatung oder bei den Beauftragten gegen Rechtsextremismus – ist die Etablierung von Netzwerken. München ist hier auf einem sehr guten Weg.

Literaturverzeichnis

- Antidiskriminierungsbüro Sachsen (o. J.). Glossar. <http://www.adb-sachsen.de/glossar.html>.
- Antidiskriminierungsverband Deutschland (2010, 2. Auflage). Eckpunktepapier des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd). Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsberatung, http://www.antidiskriminierung.org/files/oegg_Eckpunktepapier_2Auflage.pdf.
- Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr (2014), Salafismus. Prävention durch Information. Fragen und Antworten, München
- Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt, Antrags-Nr. 08-14 / A 04747 von Die Grünen/RL vom 29.10.2013, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 14133, Beschluss vom 19.März 2014 - Plenum
- Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (2011), Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Unterrichtung durch die Bundesregierung, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7700, 10.11.2011.; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707700.pdf>
- Berlin, Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration (2008), Demokratie. Vielfalt. Respekt. Die Berliner Landeskonzepktion gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus,
- Brähler, Elmar / Decker, Oliver / Kiess, Johannes (2014), Die stabilisierte Mitte – rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig
- Dortmund (2011)“Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“, Dortmund, www.vielfalt.dortmund.de
- Dovermann, Ulrich (2004): „Der Aufstand der Anständigen“. Vom Bund geförderte Projekte zu Toleranz und Zivilcourage“, in: Mayer, Gerd / Dovermann, Ulrich / Fech Siegfried / Gugel Günther (2004, Hg.), Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung: 180-185
- ECRI (European Commission against Racism and Intolerance) Report on Germany (2014, fifth monitoring cycle), www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Germany/DEU-CbC-V-2014-002-ENG.pdf
- Frindte, Wolfgang / Preiser, Siegfried (2007), Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11 / 2007, 32-38
- Heitmeyer, Wilhelm (2002-2011), Deutsche Zustände (Folge 1-10), Frankfurt am Main
- Hieronymus, Andreas (2012/2013), Racism and related discriminatory practices in employment in Germany, <http://www.enar-eu.org/Shadow-Reports-on-racism-in-Europe-203>
- Jaschke, Hans-Gerd (2000): Für eine aktivierte Bürgergesellschaft – Thesen zur

- Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000, Mainz (Landeszentrale für politische Bildung, Rheinland-Pfalz)
- Leiprecht, Rudolf (2001). Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden.
http://www.staff.unioldenburg.de/rudolf.leiprecht/download/Leiprecht_Alltagsrassismus.pdf.
Zugriff: 20.08.2012.
 - Messerschmidt, Astrid (2006): Verstrickungen. Postkoloniale Perspektiven in der Bildungsarbeit zum Antisemitismus, in: Fritz Bauer Institut, Jugendbegegnungstätte Anne Frank (Hg.): Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt am Main
 - Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V. (2011): Institutioneller Rassismus. Ein Plädoyer für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung, http://www.mrbp.de/dokumente/pressemitteilungen/LAPgR_Brosch%C3%BCre.pdf
 - Müller, Jochen (2012), Mit Aufklärung gegen Salafismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2012: 21-24.
 - Netzwerk der Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (2014): Beratung für Betroffene, rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung, Magdeburg
 - Steinbeißer, Dominik / Bader, Felix / Ganser, Christian / Schmitt, Laila (2013) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München, München
http://www.ls4.sozilogie.uni-muenchen.de/forschung/gmf/bericht_gmf_18_10_2013.pdf
 - Stöss, Richard (2005), Rechtsextremismus im Wandel, Berlin
 - Stöss, Richard (2010), [Rechtsextremismus im Wandel](#)
[Stöss, Richard. - Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, c 2010, 3., aktualisierte Aufl.](#)
 - Wetzel, Juliane (2012), Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.), Verhärtete Fronten. Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik, 243-257
 - Zick, Andreas (2010): Spielarten des Rassismus,
<http://heimatkunde.boell.de/2010/04/01/spielarten-des-rassismus>
 - Zick, Andreas / Hövermann, Andreas / Krause, Daniela (2012): Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, Wilhelm (2012): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin